

*Michael Gehler*

## Von den Nouvelles Equipes Internationales zur Europäischen Volkspartei: Grenzen und Möglichkeiten transnationaler Parteienkooperation nach dem Zweiten Weltkrieg bis zum Ende des Kalten Krieges in Europa<sup>1</sup> – erste Projektergebnisse

Katholisch-konservative und christlich-demokratische Volksparteien spielten nach dem Zweiten Weltkrieg eine zunehmend wichtigere Rolle in Westeuropa. Es fehlte nach 1945 nicht an neuen Anreizen, aber auch an notwendigen Herausforderungen für transnationale Kontakte und eine organisierte Parteienkooperation. Trotz aller Neuerungen waren die Geheimtreffen des „Genfer Kreises“ (1947–1956) und die Zusammenarbeit in den 1947 begründeten „Nouvelles Equipes Internationales“ (NEI) bis zu deren Umbenennung und Umwandlung in „Europäische Union Christlicher Demokraten“ (EUCD) 1965 sowie die nachfolgende Europäische Volkspartei (EVP) (1976) und die European Democrat Union (EDU) (1978) wiederholt von Debatten der Abstimmung in politischen wie weltanschaulichen Fragen, des gemeinsamen Vorgehens auf nationaler und internationaler Ebene sowie Problemen der Organisation geprägt.

In diesem Beitrag sollen am Beispiel der genannten Parteienformationen Grenzen und Möglichkeiten quellenorientierter, inhaltlicher und methodologischer Fragestellungen am Beispiel eines sich an einem spezifischen Zeitabschnitt orientierenden Forschungsprojekts des Instituts für Geschichte der Stiftung Universität Hildesheim und des Karl von Vogelsang-Instituts (KvVI) in Wien erörtert werden. Das Projekt ist mit der EUCD-Gründung (1965) und der ersten Direktwahl des Europäischen Parlaments (1979) zeitlich eingegrenzt, schließt aber noch die Vorgeschichte zur Gründung der EVP (1976) und ihr erstes Wirken sowie auch die Gründungsgeschichte der EDU (1978) mit ein. Darüber hinaus wird in diesem Beitrag ausblickartig auf die weitere Entwicklung der EVP eingegangen.<sup>2</sup>

- 1 Dieser Beitrag, der im Rahmen des 48. Deutschen Historikertags an der Humboldt-Universität zu Berlin gehalten wurde, sei posthum Klaus Tenfelde (29.3.1944 in Erkelenz – 1.7.2011 in Bochum), meinem Kollegen aus gemeinsamen Zeiten an der Universität Innsbruck, in großer Anerkennung seiner Verdienste für die deutsche Gesellschafts- und Sozialgeschichtsschreibung gewidmet. Im Zusammenhang eines weiteren Vortrags im Rahmen der öffentlichen Ringvorlesung „Projekt Europa. Ideen, Prozesse und Probleme europäischer Einigung von der frühen Neuzeit bis zur Gegenwart“ am 4.7.2011 an der Philipps Universität Marburg konnte ich noch einmal zur gleichen Thematik ausführlicher und detaillierter als in Berlin vortragen. Für die im Anschluss stattfindende anregende Diskussion danke ich vor allem den Kollegen Eckart Conze und Hubert Zimmermann. Zu diesem Beitrag hat außerdem Dr. Thomas Jansen/Triest eine Reihe sehr wichtiger Anregungen und Hinweise gegeben sowie Ergänzungsvorschläge gemacht, die ich gerne aufgegriffen habe und für die ich ihm auch sehr verbunden bin.
- 2 Der Inhalt dieses Beitrags geht noch auf frühere Vorarbeiten des Verfassers eigener Art bzw. gemeinsam mit Brigitte Leucht, Wolfram Kaiser und Hannes Schönner zurück. (Vgl. Wolfram Kaiser/Brigitte Leucht/Michael Gehler: *Transnational Networks in European Integration Governance: Historical Per-*

## Der Gegenstand und damit verbundene Fragestellungen

In Zeiten der NEI (1947–1965) verhinderten zunächst nationale, kulturelle und sprachliche Barrieren die Entstehung einer intensiven transnationalen christlich-demokratischen Parteienorganisation. Daneben fehlte es in der weiteren Nachkriegszeit auch an einer größeren europäischen Öffentlichkeit, die für eine erfolgreiche und wirksame Parteienkooperation einen ausreichenden Resonanzboden geboten hätte.

Schon die Struktur der NEI-Nachfolgeorganisation signalisierte ein neues Selbstverständnis. In den NEI gab es noch nationale Delegationen, die sich nur aus Vertretern einzelner Parteien zusammensetzten, die sich ihrem Gedankengut verbunden fühlten. Existierten mehrere Parteien in einem Land, formten diese vielleicht eine Equipe.<sup>3</sup>

Die Organe der EUCD<sup>4</sup> waren der Kongress, das Politische Büro, das Exekutivkomitee, das Präsidium und das Generalsekretariat. Der Kongress, der alle drei Jahre zusammentrat, bestimmte die Grundlagen der Politik. Auf ihm waren neben dem Politischen Büro zehn Vertreter der nationalen Equipen und zehn Abgeordnete der christlich-demokratischen Fraktion im Europaparlament teilnahmeberechtigt. Das Politische Büro war Leitungsorgan der Union. Es setzte die vom Kongress vorgegebenen Linien in der praktischen Politik um. Es entschied über Neuaufnahmen, kontrollierte die Finanzgebarung und pflegte Außenkontakte. Das Exekutivkomitee hatte kontrollierende Funktion. Es überwachte die Durchführung der Entschlüsse des Büros. Der Präsident vertrat die Union nach außen und führte den Vorsitz auf Kongressen und Sitzungen. Im Dezember 1978 gehörten der EUCD 17 politische Parteien aus 13 europäischen Staaten an, nämlich aus der Bundesrepublik, Österreich, Italien, Schweiz, Belgien, Luxemburg, Spanien, Portugal, Niederlande, Frankreich, San Marino, Irland und Malta.<sup>5</sup>

spectives on an Elusive Phenomenon, in: dies. (Hg.): *Transnational Networks in Regional Integration. Governing Europe 1945–83*, Basingstoke 2010, S. 1–17; Michael Gebler/Johannes Schöner: *Transnationale christdemokratische Parteienkooperationen in Europa 1965–1989. Der Beitrag österreichischer Ideen und Initiativen*, in: *Demokratie und Geschichte. Jahrbuch des Karl von Vogelsang-Instituts zur Erforschung der Geschichte der christlichen Demokratie in Österreich*, hg. v. Helmut Wohnout, 11/12 (2007/2008), Wien/Köln/Weimar 2009, S. 271–318) und wurde aufgrund eines neuen Forschungs- und Editionsprojekts anlässlich zweier jüngerer Vortragsverpflichtungen ausgebaut, ergänzt und hinsichtlich zukünftiger Forschungsaufgaben methodisch-theoretisch stärker reflektiert.

- 3 Siehe hierzu die Edition Michael Gebler/Wolfram Kaiser (Hg.): *Transnationale Parteienkooperation der europäischen Christdemokraten: Dokumente 1945–1965/Coopération transnationale des partis démocrates-chrétiens en Europe: Documents 1945–1965* (Transnational Party Cooperation of European Christian Democrats: Documents 1945–1965), München 2004; als nützlicher Beitrag dient Saskia Matl: *Europäische Christdemokraten auf dem Weg zur transnationalen Zusammenarbeit? Von den Nouvelles Equipes Internationales zur Europäischen Volkspartei*, in: Jürgen Mittag (Hg.): *Politische Parteien und europäische Integration. Entwicklung und Perspektiven transnationaler Parteienkooperation in Europa*, Essen 2007, S. 289–312.
- 4 Dok. 222: Entschlüsselung, XVII. Kongress der EUCD, Taormina, 9.–12.12.1965, in: Gebler/Kaiser: *Transnationale Parteienkooperation der europäischen Christdemokraten*, S. 691–693.
- 5 Thomas Jansen/Steven van Hecke: *At Europe's Service. The Origins and Evolution of the European People's Party*, Berlin/Heidelberg/Dordrecht/London/New York 2011, S. 21–28.

Bemerkenswert war der Umstand, dass sich innerhalb der EUCD im Laufe der Jahre das sogenannte „Politische Komitee“ der christlich-demokratischen Parteien aus den EG-Staaten bildete. Dieses hatte die Funktion, eine dauernde institutionelle Verbindung zwischen den Parteien und Fraktionen der Gemeinschaft auf europäischer Ebene herzustellen. Darüber hinaus bereitete das Komitee auch die Gründung der Europäischen Volkspartei (EVP) vor.<sup>6</sup>

Inhaltlich beschäftigte sich das Komitee in den 1970er Jahren mit den Problemen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), den Ost-West-Beziehungen im Allgemeinen und der Rückkehr Portugals und Spaniens zur Demokratie im Besonderen. NEI und EUCD beriefen sich ausdrücklich auf ihre christlichen Grundsätze, sodass Parteien der bürgerlichen Mitte mit verwandter, aber eben nicht identischer, z. B. liberaler und stärker sozialer Programmatik nicht für sie in Frage kamen. Dies betraf Staaten mit anders gelagerter politischer Kultur und nur kleinen „christlich“ deklarierten Parteien, wie Großbritannien und die skandinavischen Länder.

Innerhalb der bisher erwähnten Parteienkooperationen verlief seit der Zeit ihres Bestehens eine nach außen nicht immer klar zu Tage tretende, aber ideologisch-politisch-programmatisch nicht zu übersehende Trenn- und Konfliktlinie zwischen einerseits christlich-sozialen Parteien und andererseits christlich-konservativen Parteien. Diese Unterschiede waren bereits früh erkennbar. Zur ersteren Gruppe zählte das französische *Mouvement Republicain Populaire* (MRP), der *Parti Social Chrétien* (PSC) bzw. die Christlike Volkspartij (CVP) in Belgien,<sup>7</sup> die niederländische Katholieke Volkspartij (KVP)<sup>8</sup> und die *Democrazia Cristiana* (DC) Italiens.<sup>9</sup> Der zweiten Gruppe waren in erster Linie die Österreichische Volkspartei (ÖVP)<sup>10</sup> und die deutsche Christlich-Demokratische Union (CDU) und die Christlich-Soziale Union (CSU)<sup>11</sup> zuzurechnen. Hinzu kam, dass erstere Parteien mehr oder weniger für eine teils kerneuropäische Ausrichtung mit loser transnationaler Organisationsform eintraten, die sich nach den NEI in der EUCD eine Plattform zu schaffen suchte.

6 Thomas Jansen: *Die Europäische Volkspartei. Entstehung und Entwicklung*. Mit einem Vorwort von Wilfried Martens, Brüssel 2006.

7 Emiel Lamberts: *The Zenith of Christian Democracy in Belgium. The Christelijke Volkspartij/Parti Social Chrétien 1945–1968*, in: Michael Gehler/Wolfram Kaiser/Helmut Wohnout (Hg.): *Christdemokratie in Europa im 20. Jahrhundert/Christian Democracy in 20th Century Europe/La Démocratie Chrétienne en Europe au XXe siècle* (Institut für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck in Zusammenarbeit mit dem Karl von Vogelsang-Institut in Wien, Arbeitskreis Europäische Integration, Historische Forschungen, Veröffentlichungen 4), Wien/Köln/Weimar 2001, S. 332–347.

8 Jac Bosmans: *Das Primat der Innenpolitik. Die niederländische Christdemokratie in der ersten Nachkriegszeit*, in: ebd., S. 370–384.

9 Carlo Masala: *Die Democrazia Cristiana 1943–1963*, in: ebd., S. 348–369.

10 Im Überblick: Andreas Khol: *Die internationale Parteienzusammenarbeit: Die Beziehungen der Österreichischen Volkspartei zu ihren Schwesterparteien und ihre Mitarbeit in den transnationalen Parteienzusammenschlüssen*, in: Robert Kriechbaumer/Franz Schausberger (Hg.): *Volkspartei – Anspruch und Realität. Zur Geschichte der ÖVP seit 1945*, Wien/Köln/Weimar 1995, S. 359–369 sowie Christian Mertens: *Österreichische Christdemokraten im Dienste Europas* (Schriftenreihe des ÖVP-Parlamentsklubs 10), Wien 1997.

11 Ulrich Lappenküper: *Zwischen „Sammlungsbewegung“ und „Volkspartei“*. Die CDU 1945–1969, in: Gehler/Kaiser/Wohnout: *Christdemokratie im Europa des 20. Jahrhunderts*, S. 385–398.

CDU/CSU und ÖVP dagegen standen grundsätzlich mehr für eine großeuropäisch-konservative Ausrichtung, die sich in der 1978 begründeten „European Democrat Union“ bzw. „Europäischen Demokratischen Union“ (EDU) ein Äquivalent für die 1976 ins Leben gerufene Europäische Volkspartei als Fraktion christlicher Demokraten (EVP) im Europäischen Parlament und somit eine breitere Basis zu schaffen versuchte.<sup>12</sup> Nuanciert sieht Thomas Jansen die Frage der Konfliktlinien innerhalb dieses hier zu behandelnden europäischen Parteienspektrums:

„Vielmehr waren in allen Parteien des christlich-demokratischen Typus, die in der EUCD versammelt waren, sowohl konservative wie liberale (...) Tendenzen vorhanden. Denn alle diese Parteien waren nach ihrem Selbstverständnis und ihrer Tradition ‚Volksparteien‘. Der Volkspartei-Charakter (im bewussten Gegenentwurf zur Klassenpartei) gehörte von Anfang an zu den Hauptmerkmalen, sozusagen zur Identität der Christlichen Demokratie. In diesen Volksparteien drückten sich natürlicherweise unterschiedliche Haltungen aus, die sich auch in unterschiedlicher programmatischer Schwerpunktsetzung manifestierten, die durchaus miteinander in Widerstreit geraten konnten. Das verlangte wiederholte, mehr oder weniger erfolgreiche Bemühungen um Konsens.“<sup>13</sup>

Die am 29. April 1976 gegründete transnationale „Europäische Volkspartei (EVP) – Föderation der christlich-demokratischen Parteien der EG“ – unterschied sich deutlich von bisherigen Formen christlich-demokratischer Kooperation. Die offizielle Gründungsversammlung fand am 8. Juli 1976 in Luxemburg statt. CDU und CSU hatten beabsichtigt, die britischen Konservativen und die französischen bürgerlichen Gruppen in das Parteienbündnis einzubeziehen, stießen jedoch auf kategorische Ablehnung der italienischen, belgischen und niederländischen Parteien. Vor diesem Hintergrund bemühte sich die ÖVP mit Unterstützung der deutschen Unionsparteien CDU (Helmut Kohl) und CSU (Franz-Josef Strauß) und der britischen Konservativen (Margaret Thatcher), den ideologisch eng gesteckten Rahmen der „Christlichen Demokratie“ auszudehnen und ein breiteres Spektrum an Kooperation europäischer Parteien der bürgerlichen Mitte inner- und außerhalb der EG zu schaffen. Es war offensichtlich auch ein deutsches Ziel, insbesondere von Helmut Kohl, die ÖVP als Art Instrument und Platzhalter zu diesem Zwecke zu benutzen, um unter ihrer Zuhilfenahme mit der EDU eine breite Plattform aller konservativ-bürgerlichen Parteien in Europa zu etablieren und eine Mehrheit im zukünftig direkt zu wählenden Europäischen Parlament (EP) aufzubauen. Drei Motive waren entscheidend für die EDU-Gründung 1978: *erstens* die Unzufriedenheit mit der angesichts der Formation des direkt zu wählenden Europäischen Parlaments zunehmend bedeutungsloser werdenden EUCD, *zweitens* das Übergewicht der Sozialistischen Internationale mit dem „Dreigestirn“ Olof Palme – Willy Brandt – Bruno

12 Thomas Jansen: Die Entstehung einer Europäischen Partei. Vorgeschichte, Gründung und Entwicklung der EVP, Bonn 1996.

13 Schriftliche Mitteilung von Thomas Jansen an den Verfasser, 30.5.2011.

Kreisky und *drittens* das erzwungene Fernbleiben der Nicht-EG-Parteien von der EVP.<sup>14</sup> Zum Verhältnis der deutschen christlich-demokratischen Parteien zu EUCD, EVP und EDU stellt Thomas Jansen rückblickend klar:

„[Die] CDU/CSU teilten mit allen EUCD-Mitgliedsparteien aus den Gemeinschaftsländern die föderalistische Ausrichtung mit dem Ziel eines immer engeren Zusammenschlusses der EG-Mitgliedsstaaten. Deshalb betrieben die Deutschen in der EUCD, als die Entwicklung der Gemeinschaft es erforderte, innerhalb der EUCD die Gründung der ‚Ständigen Konferenz‘ und später des ‚Politischen Komitees‘ als Vorstufen der Gründung einer transnationalen Partei auf Ebene der Gemeinschaft. Dadurch sollte die EUCD, deren Strukturen gesamteuropäisch ausgerichtet waren, nicht infrage gestellt werden. In dieser Hinsicht war die Haltung der CDU/CSU nie identisch mit der Haltung der ÖVP, die (...) [vom Verfasser MG] als ‚gesamteuropäisch-konservativ‘ qualifiziert wird. Auch wenn die deutschen Partei[en] sich an der Gründung der EDU beteiligten, galt der EVP für sie (für die CDU mehr als für die CSU) die eindeutige Priorität. Sie sahen in der EDU auch nicht ein Äquivalent zur EVP, sondern eher eine Ergänzung, um befreundete, gleich gesinnte Parteien, die nicht Mitglieder der EVP werden wollten oder konnten, eine Möglichkeit der Kooperation auf europäischer Ebene zu bieten.“<sup>15</sup>

In der EDU schlossen sich 1978 in jedem Fall konservative und christlich-demokratische Parteien zu gemeinsamer Arbeit zusammen. Diese neue Organisation führte aber nicht zu einem Konsens bezüglich einer zu forcierenden Integrationspolitik. Der Begriff „*european integration*“ wurde kaum verwendet, eher war von „*european cooperation*“ die Rede. Umso mehr sollte aus Sicht der EDU das gegenwärtige Europa durch seine bestehenden Grenzen nicht abgeschlossen sein. Es ging um ein größeres Europa im Sinne einer weltanschaulichen und geopolitischen Homogenität bürgerlich demokratischer Parteien mit einer beabsichtigten Strahlkraft auf die oppositionellen Gruppierungen in der kommunistischen Hemisphäre.<sup>16</sup>

Die EDU war als Sammelbecken konservativer und liberaler Mitte-Rechts-Parteien gedacht und vor allem als Gegengewicht zur Sozialistischen Internationale (SI), aber auch als Ersatz für jene christlich-demokratischen und konservativen Parteien, die in der EVP aufgrund ideologisch-programmatischer Differenzpunkte bzw. der Nicht-EG-Zugehörigkeit ihrer Staaten keine Aufnahme fanden. Die weltanschaulichen Gräben zwischen christlichen Demokraten und Mitte-Rechts-Parteien, insbesondere der britischen Konservativen und

14 Auskunft Nationalratspräsident a.D. Prof. Dr. Andreas Khol für den Verfasser, 6.3.2007; Michael Gehler: Geschichte vergleichender Parteien-Außenpolitik und Mitgliedschaft in der Europäischen Union. SPÖ und ÖVP in internationalen Organisationen und transnationalen Netzwerken 1945–2005, in: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen 43 (2010), S. 7–45, hier S. 24 f.; siehe zuletzt auch Jansen/Van Hecke: *At Europe's Service*, S. 29–44.

15 Schriftliche Mitteilung von Thomas Jansen an den Verfasser, 30.5.2011.

16 Das Europakonzept der EDU, Dokumente zur ÖVP-Außenpolitik. Archiv des Karl von Vogelsang-Instituts, Wien, Sign. 2358.

französischen Neogaullisten, waren mit der Doppelgleisigkeit (EUCD-EDU) keineswegs überbrückt. Das seit der Gründung der EDU mitunter auch als Dualismus zu bezeichnende Verhältnis zwischen EDU und EUCD bzw. EVP bestand weiter. Immer mehr europäische Parteien versuchten allerdings dieses Dilemma im Rahmen der EVP als Fraktion im Europäischen Parlament zu überwinden.

Nach der Öffnung des Ostens ab Ende der 1980er Jahre wurde im Kontext der EUCD mit Unterstützung der EVP und ihrer Fraktion im Europäischen Parlament den wieder entstandenen Schwesterparteien geholfen. Im Laufe der 1990er Jahre wurden die Bedingungen für die Aufnahme der mittel- und osteuropäischen Staaten in die Europäische Union (EU) festgelegt. Christlich-konservative Parteien in den EU-Beitrittsländern waren hier vor allem an einer Integration in der EVP interessiert. Die EUCD verlor deshalb auch mit Blick auf das Zäsurjahr 1989 und seine Folgen noch mehr an Bedeutung und beschloss daher 1996 auf ihrem letzten Kongress in Laibach/Ljubljana für 1998 ihre Auflösung. Ihre Übernahme durch die EVP vollzog sich im Jahr darauf.<sup>17</sup>

Im Zuge der Erweiterung der EG um die neutralen Staaten (Finnland, Österreich, Schweden) im Jahre 1995 und der sich abzeichnenden „Osterweiterung“ (in alphabetischer Reihenfolge: Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern) in den Jahren ab 1999 (-2004/07) verlor auch die EDU an politischer Bedeutung und transnationalem Gewicht, da immer mehr Parteien dieser Kandidatenländer in die EVP drängten. Die EDU stellte ihre Aktivitäten ein und ging im Zuge einer Veranstaltung in Estoril/Portugal im Oktober 2002 formell in der EVP auf. Der finnische Konservative Sauli Niinistö war letzter EDU-Vorsitzender und verhandelte die Aufnahme in die EVP. Niinistö wurde aufgrund seiner Verdienste für die Parteienzusammenarbeit Ehrenvorsitzender der EVP.<sup>18</sup>

In diesem Beitrag geht es nun um

1. Fragen der Informationszugänge und des Quellenmaterials der Thematik;
2. den Einfluss von Parteienkooperation durch Fraktionsbildung in den europäischen Institutionen, Gremien und Organen um Lobbyarbeit durch Bildung von Netzwerken;<sup>19</sup>
3. die Bestimmung von Diskussionsgegenständen und thematischen Schwerpunktsetzungen;
4. Herausforderungen und Widerstände ausgehend vom Verhältnis von Konkurrenz und Konzentration, z. B. die Frage organisatorischer Doppelgleisigkeiten wie der Position der EUCD zwischen EVP und EDU oder auch die Gegensätze innerhalb der EUCD oder zwischen EVP und EDU und sich daraus ergebende Spannungsfelder;

17 Siehe Europäische Union Christlicher Demokraten (EUCD), <[www.kas.de/wf/de/71.8770/](http://www.kas.de/wf/de/71.8770/)> (15.9.2011).

18 Siehe European Democrat Union <[en.wikipedia.org/wiki/European\\_Democrat\\_Union](http://en.wikipedia.org/wiki/European_Democrat_Union)> (15.9.2011).

19 Siehe auch Norbert Gresch: Transnationale Parteienzusammenarbeit in der EG, Baden-Baden 1978; Forest L. Gieves (Hg.): Transnationalism in World Politics and Business, New York u. a. 1979; Ernst Kuper: Transnationale Parteienbünde zwischen Partei- und Weltpolitik, Frankfurt am Main u. a. 1995.



5. Fragen der Entstehung und Entwicklung einer „europapolitischen Kultur“, des Selbstverständnisses der Parteiformationen sowie Einschätzungen der Politik der weltanschaulichen Feinde und Gegner (der Kommunisten), Konkurrenten und Partner (der Sozialisten und Sozialdemokraten) und damit letztlich um die Bedeutung und Kontinuität des Identität stiftenden und gemeinschaftsbildenden Antikommunismus;
6. die Öffentlichkeitsarbeit über den engeren Kreis von Parteienvertretern und Mitgliedern hinausgehend mit Blick auf Anhänger- und Wählerschaft und die Bewertung der Rolle von Aktions-, Grundsatz- und insbesondere Wahlprogrammen und ihrer Wirkung, d. h. Kommunikation und Selbstdarstellung;
7. die Frage der Bewältigung von Konfliktsituationen verschiedener Art (resultierend aus Neuaufnahmen, innergemeinschaftlichen oder zwischenstaatlichen Krisen und Problemlagen) sowie die Entwicklung von Gegenstrategien in Führungskreisen der Parteien in Europa;
8. die Rolle führender Persönlichkeiten sowie
9. Fragen inhaltlicher, fachwissenschaftlicher und methodologischer Probleme, vor allem mit Blick auf Begrenzungen, Grenzen und Entgrenzungen.

Die genannten Parteienzusammenschlüsse waren von wiederkehrenden organisatorischen und inhaltlichen Debatten geprägt. Einerseits gilt es zu klären, wie weit nicht nur die Abstimmung, sondern auch das Agieren in politischen wie ideologischen Fragen bzw. das gemeinsame Vorgehen auf nationaler und internationaler Ebene von statten ging. Andererseits geht es um die Frage, ob die vorhandenen Organisationen ausreichend waren, um Aufgaben der Europa- und Integrationspolitik zu erfüllen sowie die zeitgenössischen Herausforderungen anzunehmen und die vorhandenen Widerstände zu überwinden.<sup>20</sup>

Die Untersuchung dieser Parteiformationen verspricht vor dem Hintergrund der aufgeworfenen Fragen angesichts ihrer Rolle als kommunikative Mittler zwischen Politik und Öffentlichkeit sowie Staat und Gesellschaft Aufschlüsse über grenzüberschreitende Entwicklungen im Rahmen der Debatte über die Herausbildung und Grenzen einer transnationalen bzw. europäischen Gesellschaftsgeschichte. Der spezifische Beitrag von Europas christlichen Demokraten und Konservativen und deren Gewicht sollen dabei Berücksichtigung finden und zur Diskussion stehen.

### Informationszugänge – Quellenmaterial

Zur Fundierung und Realisierung dieses Forschungsvorhabens kommen verschiedenste Quellenzugänge in Frage. Neben staatlichen Archiven, besonders jenen der Außenministerien, in denen sich – wenn auch nur vereinzelt oder verstreut – Bestände zu „europäischen Institutionen“ und „internationalen Kooperationen“ wie auch jener der transnationalen

20 Siehe zum Konnex christlich-demokratischer Parteien und europäische Integration die umfassende Studie von Wolfram Kaiser: *Christian Democracy and the origins of European Union*, Cambridge 2007.

Beziehungen finden, kommen hauptsächlich Parteiarchive in Frage: Hier zu nennen sind an erster Stelle das Archiv für Christlich Demokratische Politik (ACDP) in St. Augustin bei Bonn,<sup>21</sup> das Archiv des Karl von Vogelsang Instituts (AKvVI) in Wien,<sup>22</sup> das Katholieke Documentatie- en Onderzoekscentrum voor Religie, Cultuur en Samenleving (KADOC) der Katholischen Universität (KU) Leuven<sup>23</sup> wie auch die Fondazione Luigi Sturzo in Rom.<sup>24</sup>

Das Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) verwahrt das Bundesparteiar- chiv der CDU und somit wesentliche Materialien zur Europa- und Integrationspolitik des christdemokratischen politischen Lagers in der Bundesrepublik Deutschland. Materialmä- ßig sind internationale Zusammenschlüsse und Kooperationen zur EUCD (Sitzungsproto- kolle, Parteitage, Korrespondenz und Ausschüsse 1965ff.) sowie der EVP-Gruppe/EPP Group und der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament (1970ff.) sehr gut doku- mentiert. Relevante Nachlässe, Privatpapiere bzw. Teil-Personenbestände betreffen Fritz Burgbacher, Hans Furler, Wilhelm Hahn, Walter Hallstein, Kai-Uwe von Hassel, Bruno Heck, Fritz Hellwig, Kurt Georg Kiesinger, Egon Alfred Klepsch, Hermann Kopf, Hans- August Lücker, Günter Rinsche und Helmut Kohl.

Das Karl von Vogelsang-Institut verwahrt das Bundesparteiar- chiv der ÖVP und somit wesentliche Materialien zur Europa- und Integrationspolitik des christlich-demokratischen politischen Lagers in Österreich. Darüber hinaus befindet sich im Archivbestand des Karl von Vogelsang-Instituts das Archiv des Generalsekretariats der EDU, das in Wien angesie- delt war. Daher sind internationale Zusammenschlüsse und Kooperationen zur EUCD und EVP im Archiv dieses Instituts sehr gut dokumentiert.

Hinzu kommen Unterlagen, wie Protokolle, Dokumente von Lenkungsausschüssen, Korrespondenzen und Tagungsberichte über die EDU. Relevante Nachlässe und Privatpa- pierbestände betreffen Fritz Bock, Josef Klaus, Hermann Withalm, Ludwig Steiner, Alfred Maleta, Andreas Khol und Alois Mock.

Zusätzlich sind Nachlässe und Privatpapiere von Politikern heranzuziehen, die im Rah- men transnationaler Parteienkooperation aktiv waren. Neben Akten sind publizierte Quel- len wie Broschüren, Programme, Magazine und Zeitungsbeiträge von Relevanz. Als weitere Zugänge empfehlen sich die Auswertung von Erinnerungen von Akteuren sowie die syste- matische Befragung von Zeitzeugen.<sup>25</sup>

Überwiegend werden deutschsprachige, zu einem nicht geringen Teil aber auch englisch- sprachige und nur zu einem sehr geringen Teil französischsprachige Dokumente Verwen- dung finden. Das hängt zusammen erstens mit der starken transnationalen Aktivität der in

21 Siehe <<http://www.kas.de/wf/de/71.3772/>> (11.2.2011).

22 Siehe <[www.kvvi.at/index.php?option=com\\_content&task=view&id=21&Itemid=35](http://www.kvvi.at/index.php?option=com_content&task=view&id=21&Itemid=35)> (11.2.2011).

23 <<http://kadoc.kuleuven.be/nl/index.php>> (11.2.2011).

24 <[www.sturzo.it/site/it-IT/Menu\\_principale/Archivio\\_storico/](http://www.sturzo.it/site/it-IT/Menu_principale/Archivio_storico/)> (11.2.2011).

25 Hierzu wurden bereits 2010/11 systematische Interviews geführt mit Siegbert Alber, Thomas Jansen, Konrad Kraske, Peter Radunsky und Jacques Santer von Michael Gebler, Marcus Gonschor und Hin- nerk Meyer vom Institut für Geschichte der Universität Hildesheim sowie mit Herbert Kohlmaier, Sixtus Lanner, Heribert Steinbauer und Josef Taus von Hannes Schönner vom Karl von Vogelsang- Institut in Wien.



den 1970er Jahren tätigen Oppositionsparteien CDU und ÖVP und der Intensivierung ihres außenpolitischen Engagements als Kompensation für ihre Oppositionsrolle im eigenen Lande, zweitens mit der steigenden Bedeutung der englischsprachigen EDU und drittens dem sinkenden Einfluss bis hin zur Marginalisierung des MRP in Frankreich und seinem Ausscheiden als ernsthaften Faktor mit Gewicht aus der transnationalen Parteienkooperation. Zur Auswahl und zum Abdruck in einer eigens geplanten Quellenedition sollen vor allem eine Selektion der wichtigsten Gesprächsprotokolle zu Kontroversthemen und Schlüsselereignissen, Beschlussanträge, Communiqués, Strategiepapiere, non papers und Tagebuchaufzeichnungen sowie Privatdokumente kommen.

### Fragen des Einflusses von Parteienkooperation durch Fraktionsbildung, Netzwerke und des Lobbyismus

Die Initiative zu einem regelmäßigen und organisierten Meinungsaustausch christlich-demokratischer Parteien nach dem Zweiten Weltkrieg ging in erster Linie von der Konservativen Volkspartei (KVP) der Schweiz aus. Daneben spielte das französische Mouvement Republicain Populaire (MRP) sowie die belgische Parti Social Chrétien (PSC) eine nicht unerhebliche Rolle bei der NEI-Gründung.<sup>26</sup> Entscheidende Motive waren erstens die Furcht um das „abendländische Kulturerbe“ angesichts der sowjetischen Machtausdehnung und zweitens die Notwendigkeit, die Kräfte für die politische und wirtschaftliche Rekonstruktion Europas zu bündeln.<sup>27</sup> Regelmäßige Kongresse und Konferenzen führten zur Behandlung der aktuellen Probleme. Es galt, die Gemeinsamkeiten zwischen den Parteien zu bekräftigen und einen programmatischen Gleichklang herzustellen. Dabei wurde drittens die politische Einigung des Kontinents als ein wesentliches Anliegen thematisiert.

In der Gründungsphase christlich-demokratischer Kooperation spielte das Motiv der doppelten Einigung eine Rolle: Die Verwirklichung der „Europäischen Union“ wurde als erster Schritt zu einer „Weltunion“ begriffen. Dabei sollte es zu einer Zusammenführung der „christlich inspirierten demokratischen Parteien“ kommen, die zur Herbeiführung „eines dauerhaften Friedens mithilfe lebendiger Institutionen“ beitragen wollten.<sup>28</sup> Diese hehren Ziele ließen sich allerdings nicht „mit einem Schlag“ realisieren, wie schon die Schuman-Plan-Erklärung vom 9. Mai 1950 allein für die kerneuropäischen Anliegen deutlich zu machen versuchte. Im vertraulich organisierten „Genfer Gesprächskreis“, Begegnungen auf höchster politischer Ebene lediglich westeuropäischer Parteienvertreter, wurden alsbald die Realitäten des Kalten Kriegs akzeptiert und informell in Vorabsprachen die Weichen für die Integration Westeuropas unter Ausschluss der Mitte und des Ostens gestellt.<sup>29</sup> Konkrete

26 Jansen/Van Hecke: *At Europe's Service*, S. 3–21.

27 Gehler: *Geschichte vergleichender Parteien-Außenpolitik*, S. 21

28 Archives historiques des Communautés européennes, Florence, Villa Il Poggiolo. Collections, COL. Walter Lipgens, WL. WL 89.

29 Michael Gehler: *Begegnungsort des Kalten Krieges. Der „Genfer Kreis“ und die geheimen Absprachen westeuropäischer Christdemokraten 1947–1955*, in: Gehler/Kaiser/Wohnout (Hg.): *Christdemokratie in Europa im 20. Jahrhundert*, S. 642–694.

Beschlüsse wurden nicht gefasst, aber ein intensiver Gedankenaustausch über ein gemeinsames Vorgehen in Fragen der Außen- und Europapolitik sowie Vertrauensbildung mit Blick auf das deutsch-französische Verhältnis geleistet. Adenauer ließ in diesem Rahmen früh wissen, dass er die Bundesrepublik Deutschland bewaffnen wolle und er die Westintegration für wichtiger als die Frage der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands halte.<sup>30</sup>

In der zweiten Hälfte der 1950er Jahre verloren Genfer Kreis und NEI bereits an Relevanz. Mit der 1952 etablierten Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl bildeten sich Fraktionen im Montanparlament, der Gemeinsamen Versammlung, dem 1958 so benannten Europäischen Parlament (EP), wodurch eine neue Plattform für transnationale Kooperation entstand.

In der EGKS-Versammlung war die Gründung von europäischen Fraktionen früh formell anerkannt. Die erste war jene der christlichen Demokraten, die am 23. Juni 1953 zusammentrat und 38 von insgesamt 78 Abgeordneten umfasste. Das Europäische Parlament sah dann ausdrücklich die Fraktionsbildung vor. Der christlich-demokratischen Fraktion gehörten 66 Mitglieder von insgesamt 142 Abgeordneten an.<sup>31</sup> Die Abgeordneten hatten aber an sich nur ein nationales Mandat inne, weil sie von den einzelstaatlichen Parlamenten entsandt worden waren. Durch den Präsidenten des Europäischen Parlaments, Alain Poher (1966–1969), und den Vorsitzenden der christlich-demokratischen Fraktion, Hans August Lückert (1969–1975), wurde seit Mitte der 1960er Jahre auch von Seiten des Europäischen Parlaments der Kontakt zur EUCD verstärkt. Die führenden Fraktionsvertreter wurden in die EUCD-Gremienarbeit eingebunden. Die EUCD und die Fraktion unterstützten sich in organisatorischer und inhaltlicher Hinsicht gegenseitig. Ein gesteigerter Abstimmungs- und Koordinationsbedarf unter den christlichen Demokraten der Gemeinschaftsmitglieder war erforderlich, was sich vor dem Hintergrund der zunehmenden Verdichtung der Integrationspolitik erklärt.

Der Luxemburger Vertrag 1970 erweiterte die Haushaltsbefugnisse des Europäischen Parlaments, sodass die Mandatare seither bereits am Haushaltsverfahren der Europäischen Gemeinschaften (EG) beteiligt waren. Diese Kompetenzen wurden noch ausgeweitet. Die Staats- und Regierungschefs beschlossen im Dezember 1974, das Europäische Parlament direkt wählen zu lassen, was 1979 geschehen sollte.<sup>32</sup> Dieser Beschluss hatte Signalcharakter: Im September 1975 setzte die EUCD eine ad-hoc Arbeitsgruppe „Europäische Partei“ ein, die das Mandat erhielt, Satzung und Programm auszuarbeiten. Das Ergebnis war die offizielle Gründung der EVP am 29. April 1976.<sup>33</sup>

30 Michael Gebler: Der „Genfer Kreis“: Christdemokratische Parteienkooperation und Vertrauensbildung im Zeichen der deutsch-französischen Annäherung 1947–1955, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 7 (2001), S. 599–625.

31 Jansen: Die Entstehung einer Europäischen Partei, S. 87 f.

32 Michael Gebler: *Europa. Ideen – Institutionen – Vereinigung*, stark erweiterte und aktualisierte Neuauflage, München 2010, S. 241, 258.

33 Hierzu ausführlich einer der maßgebenden Akteure und Vordenker der EVP Jansen: *Die Europäische Volkspartei*, S. 77–83.

Die seit den 1950er Jahren bestehende gemeinsame Fraktion der christlich-demokratischen Parteien hatte sich nun als Fraktion der EVP formiert. Sie pflegte auf der Führungsebene wie auf der Fachebene enge Beziehungen zur Kommission der seit 1967 so benannten Europäischen Gemeinschaften. In diese Kooperation war im Laufe der Jahre mehr und mehr die Führung der Partei einbezogen. Das galt nicht immer für alle Kommissionspräsidenten, aber vor allem für jene bürgerlich-liberaler bzw. christlich-demokratisch-konservativer Provenienz, insbesondere für den Deutschen Walter Hallstein (1958–1967), der der CDU angehörte, während Jean Rey (1967–1970) belgischer Liberaler war. Mit dem Italiener Franco Maria Malfatti (1970–1972) von der Democrazia Cristiana gab es wieder einen christlichen Demokraten, während der Niederländer Sicco Mansholt (1972–1973) Sozialdemokrat (PvdA) war. Der Franzose François-Xavier Ortoli (1973–1977) gehörte dem konservativ-neogaullistischen *Rassemblement pour la République Française* (RPR) an, während der Brite Roy Jenkins (1977–1981) Mitglied der Labour Party war. Der Luxemburger Gaston Thorn (1981–1985) war Mitglied der Demokratischen Partei und bis heute einziger luxemburgischer Ministerpräsident, der nicht der Chrëschtlech-Sozial Vollekspartei (CSV) angehörte. Der Franzose Jacques Delors (1985–1994) war Sozialist und der Luxemburger Jacques Santer (1995–1999) wieder christlicher Demokrat, während sein Nachfolger Romano Prodi (1999–2004) parteilos war. Der seit 2005 als Kommissionspräsident amtierende José Manuel Durão Barroso gehört als Mitglied der konservativen portugiesischen *Partido Social Democrata* (PSD) auch der EVP an. Von bisher elf Kommissionspräsidenten gehörten somit alleine fünf dem christlich-demokratischen und konservativen Lager der NEL, EUCD und EVP an.<sup>34</sup>

Seit den 1970er Jahren verbesserte sich der Dialog und die Zusammenarbeit zwischen den Verantwortlichen der Fraktion im Europäischen Parlament und den nationalen Parlamentsfraktionen der Mitgliedsparteien. Zur Bildung von Fraktionen der EVP kam es auch im Europarat und später in dem sich seit dem Unionsvertrag von Maastricht (1993) bestehenden Ausschuss der Regionen (AdR) sowie in der Parlamentarischen Versammlung der OSZE. Sie spielten bei der Vorbereitung von Beschlüssen, der Formulierung von Berichten und der Empfehlung von Politiken sowie bei personalpolitischen Entscheidungen eine nicht unmaßgebliche Rolle. Über die Strukturen der EVP waren und sind sie sowohl mit der Fraktion des Europäischen Parlaments wie auch mit den gleich gesinnten Verantwortlichen in anderen europäischen Institutionen und den infrage kommenden Politikern der nationalen und regionalen Ebenen in Kontakt.

Der Wert von intra- oder interinstitutioneller Kooperation lag in der Entwicklung von nachhaltigen Netzwerken und in dem daraus erwachsenden „esprit de Corps“, der die Lösung von Problemen erleichterte und eine Voraussetzung für Konsensfindung bildete. Netzwerke besonderer Art stellten die EVP-Vereinigungen (Junge, Senioren, Frauen, Regional- und Kommunalpolitiker, Mittelstand etc.) zur Verfügung. Sie waren mit parlamenta-

34 Siehe Europäische Kommission <[de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ische\\_Kommission](http://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ische_Kommission)> (15.9.2011).

rischen und Partei-Gremien verbunden und aktivierbar, um bestimmte Politiken oder Projekte zu fördern.<sup>35</sup>

Seit 1983 organisierte die EVP Treffen der Partei- und Regierungschefs, die schon unter Einbeziehung der Fraktionsvorsitzenden und der Sprecher der EG-Kommissare, die der EVP angehörten, zu regelmäßigen Einrichtungen für die Vorbereitung der Sitzungen des Europäischen Rats der Staats- und Regierungschefs wurden. Auf der Ebene der Fachminister wurde in den 1980er Jahren der Versuch unternommen, zu Verabredungen zu gelangen. Intensiv und erfolgreich war diesbezüglich die Zusammenarbeit der Landwirtschaftsminister in der Phase der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik. Die Außen- und Wirtschaftsminister trafen sich gelegentlich. Diese Initiativen konnten jedoch nicht institutionalisiert werden und verliefen wieder im Sande. In jüngster Zeit wurden sie wieder aufgegriffen und dürften wie EVP-Gipfelkonferenzen wieder Bedeutung bekommen.

### Diskurse und thematische Schwerpunkte transnationaler Parteienkooperation

In den 1960er und 1970er Jahren waren nicht nur europa- und integrationspolitische Themen, sondern auch bereits weltpolitische Fragestellungen beherrschend für die innerparteilichen und öffentlichen nationsübergreifenden christdemokratischen und konservativen Diskurse. Es ging um richtungsweisende Entscheidungsfragen wie die Politik des „leeren Stuhls“ von de Gaulle (1965/66), den „Luxemburger Kompromiss“ (1966), die Fusion der Gemeinschaftsorgane der EG (1965–1967), die vorzeitige Realisierung der EG-Zollunion und die Intervention von Truppen einzelner Warschauer Pakt-Staaten in der ČSSR (1968), den Haager Gipfel (1969), die nach erfolgreichem Verhandlungsabschluss der „Norderweiterung“ erfolgte Integration Großbritanniens, Dänemarks und Irlands in die Europäischen Gemeinschaften (ab 1973), die zur Vorbereitung anstehende „Süderweiterung“ der EG um Griechenland, Portugal und Spanien, die bereits einsetzende Abstimmung der europäischen Staaten in der europaweiten Terrorismusbekämpfung (Stichwort „Trevi-Gruppe“), die einsetzenden Vorbereitungen für die anstehenden ersten Direktwahlen ins Europäische Parlament sowie die Vorbereitung für die Schaffung eines Europäischen Währungssystems (1979). Wer angesichts dieser Agenda mit großen Ambitionen von „Eurosklrose“ spricht, kann dies nur in Anführungszeichen tun, denn das Ausmaß der politischen Entschlossenheit und der mittel- und langfristig angepeilten Ziele der EG, die im Laufe der 1980er Jahre teils aufgegriffen, teils sogar erreicht und in den 1990er Jahren dann weitgehend realisiert werden konnten, war beträchtlich. Gleichwohl waren die 1970er Krisenjahre mit bereits hohem Komplexitätsgrad und einem noch schwach ausgeprägten Instrumentarium für Krisenbewältigung seitens der Europäischen Gemeinschaften.

Eine Reihe von relevanten globalen Fragen hatten die Politik der europäischen Parteien zu beeinflussen und zu beherrschen begonnen. Es ging um die Kritik an der US-Kriegführung in Vietnam, die Bewältigung der Energiekrisen infolge der zwei „Ölschocks“ (1973, 1979), den Umgang mit dem Zusammenbruch des Internationalen Währungssystems (IWF)

35 Schriftliche Mitteilung von Dr. Thomas Jansen an den Verfasser, 30.8.2010.

von Bretton Woods und das Verhältnis der europäischen Währungen zum Dollar, die Reaktionen auf die Bewahrung und Fortsetzung der Sicherheits- und Entspannungspolitik in Europa (KSZE) nach der sowjetischen Afghanistan-Intervention (1979) sowie *last but not least* um eine Positionierung in der Debatte um die so genannten Dritte-Welt-Staaten sowie den Nord-Süd-Konflikt. In Afrika und in Asien schien die Ausbreitung des Kommunismus voranzuschreiten, was entsprechende Gegenstrategien der christlich-demokratischen und konservativen Parteien Europas notwendiger denn je werden ließ.

Darüber hinaus versuchte die 1978 aus der Taufe gehobene EDU politische Sachfragen zu thematisieren, die bis dahin keine oder wenig wirtschaftliche Relevanz und politische Aufmerksamkeit erreichten. Themen aber, die in den folgenden Jahren zu europäischen Schlüsselfragen wurden. Beispielsweise wurde in den Lenkungsausschüssen der EDU auf breiter multinationaler politischer Ebene erstmals über Satellitenfernsehen, Hochtechnologie oder Umweltpolitik als gemeinsame europäische Domäne im globalen Wettbewerb beraten.

Daneben war man – wenn auch nur mit vergleichsweise geringem Erfolg – bestrebt, der Sozialistischen Internationale nicht das Monopol im Hinblick auf eine europäische Vermittlungstätigkeit im Nahen und Mittleren Osten zu überlassen.

Die EDU versuchte seit ihrer Gründung neu entstehende Demokratien außerhalb Europas zu unterstützen und gleichzeitig kommunistische und totalitäre Tendenzen zu bekämpfen. Folglich richtete sie schon sehr früh ihre Aufmerksamkeit auf die Entwicklungen nicht nur in Osteuropa, sondern auch auf außereuropäische Themen. Die Krisenherde in Mittel- und Südamerika (Nicaragua, El Salvador) verlangten konsequenterweise ein entsprechendes Engagement der EDU. Dies geschah zu einer Zeit als die Sozialistische Internationale<sup>36</sup> noch weitgehend auf die Anerkennung und Kooperation mit kommunistischen Kräften setzte. Einen Endpunkt dieser Entwicklung, schon weit außerhalb des eigentlichen Beobachtungszeitraumes des hier zu diskutierenden Projekts, bildete ein Treffen des Lenkungsausschusses der EDU am 30. Juni 1989 in Stockholm, wo sie als erste große Parteien-Internationale beschloss, maßgeblich zur Verstärkung der neuen Demokratien und Bürgergesellschaften beizutragen, indem (gleichgesinnte) „like-minded“-Parteien, Personen und Gruppen in Mittel-Osteuropa unterstützt werden sollten.<sup>37</sup>

Weitere Aktivitäten erfolgten zumeist auf bilateraler Basis zwischen EDU-Mitgliedsparteien und den neuen Partnern, wobei das EDU-Büro in Wien in vielen Fällen eine Vermittlungs- und Koordinationsfunktion übernahm. Mit diesem Ausblick soll die zunehmende Aktivität und steigende Relevanz der EDU auch mit Blick auf Mittel- und Osteuropa verdeutlicht werden.

Im Zusammenhang mit Diskursen und thematischen Schwerpunktbildungen ist in erster Linie der Europarat zu nennen. Gerade christlich-demokratische Parlamentarier erlangten durch ihre Arbeit in dieser Organisation „europäisches Ansehen“ und konnten in

36 Eberhard Knopp: Die Sozialistische Internationale. Herkunft, Aufbau und Ziele einer transnationalen Parteienorganisation, phil. Diss. Universität Heidelberg 1992.

37 Martin Eichtinger/Helmut Wohnout: Alois Mock. Ein Politiker schreibt Geschichte, Wien/Graz/Klagenfurt 2008, S. 153.

der Beratenden bzw. Parlamentarischen Versammlung in Straßburg erste europapolitische Profilierungen gewinnen. Dies war insbesondere bis zum Jahr 1979, der ersten Direktwahl zum Europäischen Parlament, von Bedeutung, als die Europäischen Gemeinschaften noch über keinerlei direktdemokratische und echte parlamentarische Legitimation verfügten. Die Frage nach Absprachen, Kooperationen und Abgrenzungen zwischen christdemokratischen Politikern der verschiedenen Länder müssen auch im gegenständlichen Projekt Berücksichtigung finden.

Speziell in den gesellschaftspolitischen Umbruchzeiten der 1960er und 1970er Jahre lassen sich mittels des Europarats ideologische, visionäre, aber auch pragmatische Standpunkte erkennen. Als Beispiel seien hier die Initiativen des Generalsekretärs des Europarats, Franz Karasek, hinsichtlich einer positiven Einstellung des Europarats zur Ost-West-Zusammenarbeit, sowie die auf europäischer Bühne erstmals postulierte internationale „Wahrung und Gültigkeit der Menschenrechte“ genannt.<sup>38</sup>

Auf einer anderen Ebene orientierte sich die transnationale Parteienkooperation an konkreten Sachthemen. Durch die Veränderung zahlreicher gesellschaftlicher Normen war auch die Gewerkschaftsbewegung gezwungen, sich mit neuen Paradigmen zu beschäftigen und veränderten Aufgabenstellungen Rechnung zu tragen. Nachdem sich die meisten europäischen Gewerkschaftsverbände zu einer gemeinsamen wirtschaftlichen Zusammenarbeit entschlossen hatten, gewannen die transnationalen Organisationsformen, Absichtserklärungen und inhaltlichen Abstimmungen verstärkt an Bedeutung. Speziell ab Mitte der 1960er bis Mitte der 1970er Jahre herrschte in den überwiegenden gewerkschaftlichen Äußerungen und Stellungnahmen eine der europäischen Integration gegenüber aufgeschlossene, ja durchaus positive Haltung vor.

Die Gründe für den Wandel der Gewerkschaften zu – zumindest partiellen – Euroskeptikern und Reformbremsern erscheinen nicht ohne Belang. Trotz des Umstandes, dass sowohl der Österreichische Gewerkschaftsbund (ÖGB) als auch der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) sozialistisch bzw. sozialdemokratisch dominiert waren und sind, kann der Beitrag der christlich-demokratischen Gewerkschafter nicht unbeachtet bleiben. Gerade ÖVP-Politiker und die ÖGB-Vizepräsidenten wie Erwin Altenburger und Johann Gassner warfen im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit der 1960er und 1970er Jahre mit anderen westeuropäischen konservativen und christdemokratischen Arbeitnehmervertretern wichtige Fragen und Problemstellungen auf. Dennoch äußerten die europäischen christlich-demokratischen Gewerkschafter bald Kritik an der politischen Struktur der EG und sahen in erster Linie Mängel in den demokratischen Abläufen innerhalb der Gemeinschaften. Erwähnenswert erscheint der erste Eindruck, dass sich mit Abkühlung der gewerkschaftlichen Europabegeisterung beinahe zeitgleich ein stärkeres Naheverhältnis unter den europä-

38 Helmut Wohnout: „Auf gleicher Höhe marschieren“. Franz Karasek, Österreich und der Europarat. Zum Integrationsverständnis eines österreichischen Europapolitikers in den siebziger und frühen achtziger Jahren, in: Michael Gebler/Rolf Steininger (Hg.): Österreich und die europäische Integration 1945–1993. Aspekte einer wechselvollen Entwicklung (Arbeitskreis Europäische Integration, Institut für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck, Historische Forschungen, Veröffentlichungen 1), Wien/Köln/Weimar 1993, S. 405–422.



ischen christlich-demokratischen Parteien Westeuropas entwickelte. So entwarf ab 1975 in Österreich ÖVP-Parteiboss Josef Taus eigene Strategien einer „europäischen Annäherung“, ohne damit sogleich einen österreichischen EG-Beitritt zu verbinden.<sup>39</sup> Inwieweit die Europabegeisterung der ÖVP durch die globalen Aktivitäten von Bundeskanzler Bruno Kreisky zusätzlich stimuliert wurde und in nachhaltige parteipolitische Konzepte mündete, wird ebenfalls noch genauer zu untersuchen sein.

## Herausforderungen und Widerstände:

### Fragen der organisatorischen Doppelgleisigkeiten und Spannungsfelder

Europäische Parlamentarier befanden sich vielfach und befinden sich heute immer noch in einem Dilemma zwischen nationalen und europäischen Aufgaben und Herausforderungen. Das lag am Doppelmandat, welches sie gleichzeitig zu nationaler und europäischer Präsenz verpflichtete. Dies führte nicht selten zu Irritationen, Konflikten, Missverständnissen und Spannungen mit Blick auf das innenpolitische Umfeld. Der Dialog zwischen Europaparlamentariern und nationalen Parteien war oft nur begrenzt oder sogar sehr unzureichend. Konkurrenzdenken rangierte vor Kooperationsbereitschaft. Mit der Gründung der EUCD 1965 sollte die ‚Ineffizienz‘ der NEI überwunden und ein Neuanfang im Sinne einer Stärkung der transnationalen Kooperation gewagt werden.

Basierten die NEI noch auf nationalen Delegationen, die aus Vertretern mehrerer Parteien zusammengesetzt waren, so war in der EUCD in der Regel pro Land nur mehr eine Mitgliedspartei vertreten. Im Falle der Existenz mehrerer christlich-demokratischer Parteien in einem Lande hatten sich diese zu einer Formation zusammenschließen, um als solche Mitglied der Vereinigung werden zu können, wie z. B. die deutsche Equipe, bestehend aus Vertretern der CDU und CSU, oder die niederländische mit Katholieke Volkspartij (KVP), Anti-Revolutionaire Partij (ARP) und Christelijk-Historische Unie (CHU).<sup>40</sup> Die EUCD verfügte über fünf Organe: den Kongress, das politische Büro, ein Exekutivbüro, den Präsidenten und das Generalsekretariat.<sup>41</sup>

Im Unterschied zur NEI, die mit dem Anspruch einer christlich-demokratischen Internationale angetreten, faktisch aber auch mehr auf europäische Belange fokussiert waren, konzentrierte sich die EUCD ihrem Namen gemäß primär auf den Kontinent und die Schaffung eines föderalen Europa.<sup>42</sup> So setzte allmählich eine stärkere Vernetzung zwischen Vertretern der nationalen Parteien und Verantwortlichen auf europäischer Ebene ein, wozu führende Persönlichkeiten der christdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament beitrugen. Die interne Kommunikation verbesserte sich und das Binnenleben der Organisa-

39 Gehler/Schöner: Transnationale christdemokratische Parteienkooperationen.

40 Schriftliche Mitteilung Thomas Jansen an den Verfasser, 30.5. 2011.

41 Siehe Europäische Union Christlicher Demokraten <[www.kas.de/wf/de/71.8770/](http://www.kas.de/wf/de/71.8770/)> (15. 9. 2011).

42 Matl: Europäische Christdemokraten auf dem Weg zur transnationalen Zusammenarbeit?, S. 289–312, hier S. 308.

tion erfuhr dadurch eine Stärkung. Die EUCD unterstützte die christlich-demokratische Fraktion im Europäischen Parlament.<sup>43</sup>

Im Jahre 1970 bildete sich eine informelle „ständige Konferenz“ führender Persönlichkeiten der EUCD-Parteien. Zwei Jahre später entstand ein neues Organ, das „Politische Komitee der christlich-demokratischen Parteien der EG“, welches eine dauerhafte Verbindung von nationalen und europäischen christlich-demokratischen Parteien und Fraktionen zum Ziel hatte.<sup>44</sup> Daraus resultierten allerdings Interessenkonflikte innerhalb der EUCD zwischen Parteien aus EG- und Nicht-EG-Mitgliedsländern. Der Spannungszustand entstand auch durch die erklärte Absicht, eine Organisationsstruktur für eine zukünftige europäische christlich-demokratische Partei aufzubauen. Die EUCD drohte aufgrund des Bedeutungszuwachses des Europäischen Parlaments in den Schatten der christlich-demokratischen Parlamentsfraktion zu geraten.<sup>45</sup> Hinzu kam noch weiterer Konfliktstoff: Trotz des bestehenden Erfordernisses vertiefter Parteeinzusammenarbeit in der EG gab es eine Mehrheit von EUCD-Mitgliedern, darunter insbesondere die italienische Democrazia Cristiana (DC), aber auch die holländischen und belgischen christlichen Demokraten, die sich ausdrücklich gegen eine Verbindung mit den Konservativen aussprachen. Der Mangel an ‚christlicher Inspiration‘ und ‚katholischer Tradition‘ sowie Differenzen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik wurden als Gründe angeführt.<sup>46</sup> Die EVP selbst erschien den Konservativen als ein zu exklusiver Club rein christlich-demokratischer Parteien der EG-Mitgliedsländer, ein Vorbehalt, der nicht unberechtigt war: Sie durften weder Mitglieder sein, noch konnten sie einen Beobachterstatus einnehmen.<sup>47</sup>

Es zeichnete sich so eine dauerhafte Kontroverse zwischen sozialliberalen christlich-demokratischen Parteien einerseits und konservativen Parteien andererseits ab, was auch auf die Kooperation der christlichen Demokraten im Europäischen Parlament abzufärben drohte. Die deutschen Parteien (CDU/CSU) wollten sich grundsätzlich nicht mit der rein kerneuropäischen Konzeption abfinden. Ihr Blick richtete sich auch auf jene EUCD-Parteien, die nicht aus Ländern der Europäischen Gemeinschaften stammten und die Entwicklungen mit zunehmender Sorge beobachteten.

Am 23. November 1976 brachten in Zürich Repräsentanten der ÖVP und der schweizerischen CVP gegenüber EUCD- und EVP-Vertretern ihre Sorge zum Ausdruck, dass die EVP an Bedeutung zunehmen, die EUCD hingegen dann das Nachsehen haben und unter den Verlierern sein würde, wodurch die neutralen Staaten von Information und der Mitwirkung am Integrationsprozess ausgeschlossen würden. Von österreichischer Seite wurde vor allem die Befürchtung artikuliert, dass dadurch auch die Sozialistische Internationale (SI) stärkere Einwirkungsmöglichkeiten auf die Innenpolitik haben würde. Die Sozialisten wür-

43 Jansen: Die Entstehung einer Europäischen Partei, S. 77 f.

44 Ebd., S. 91.

45 Ebd.

46 Bernhard Gebauer (Akademieleiter der Politischen Akademie Eichholz der Konrad-Adenauer-Stiftung) an Kai-Uwe von Hassel, 8.2.1972. Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP), Nachlass Kai-Uwe von Hassel, 1-157/162/2.

47 Matl: Europäische Christdemokraten auf dem Weg zur transnationalen Zusammenarbeit?, S. 309 f.

den profitieren, wenn der ÖVP ihre internationale Mitarbeit erschwert werde. Die CVP verwies darauf, als einzige Partei den Zweiten Weltkrieg überlebt und am Aufbau der NEI, dem Vorläufer der EUCD, entscheidend mitgewirkt zu haben. Kritisiert wurde die Trennung der christlichen Demokraten in „EG-“ und „EFTA-Parteien“ und der Vorwurf wurde laut, die EVP trage den Kern der Spaltung in sich.<sup>48</sup>

Aus diesen Worten sprach Enttäuschung, ja Verbitterung. Dieses Frustrationspotential war so stark verbreitet, dass es zur Gründung der EDU führte. Diese bildete nach der EUCD einen weiteren Parteienzusammenschluss der bürgerlichen Mitte inner- und außerhalb der EG. Die deutschen Parteien (CDU/CSU), britischen Conservatives, französischen Gaulisten, die ÖVP, alle skandinavischen und die portugiesischen Konservativen gehörten ihr an. Die Motive für den neuerlichen Zusammenschluss waren dreierlei. Es lag erstens an der Erkenntnis des Relevanzverlustes der EUCD, zweitens am Wunsch nach Bildung eines Gegengewichts zur Sozialistischen Internationale<sup>49</sup> und drittens am fehlenden Zugang zur EVP seitens der Nicht-EG-Parteien.

Die EDU wollte weder ein Parteienbund wie die EUCD noch eine „Europa-Wahlpartei“ wie die EVP sein. Sie verstand sich als Arbeitsgruppe von Parteien und Koordinatorin europapolitischer Vorstellungen. Die EVP sollte hingegen eine supranationale Formation im Gefüge der EG sein, die über reine Kooperation hinausgehen wollte. Interessensüberschneidungen und -konflikte waren vorprogrammiert.

So bestanden im Jahr der ersten Direktwahl des Europäischen Parlaments mit EUCD, EVP und EDU drei unterschiedliche Kooperationsformen christlich-demokratischer und konservativer Parteien, die sich zu ergänzen schienen, mitunter aber konträr oder in Konkurrenz zueinander standen. Objektiv rechtfertigten sich die EUCD-EDU- und EVP-Strukturen durch Unterschiede in Auftrag, Funktion, Organisation und Reichweite: die EVP operierte im Rahmen der EG und die EDU im gesamteuropäischen Raum, wobei sich letztere auch dadurch von der EVP unterschied, dass sie sich um Zusammenfassung aller nicht-sozialistischen, bürgerlichen Kräfte (Konservative, Christliche Demokraten, Liberale etc.) bemühte. Die EVP wollte hingegen eine christlich-demokratisch orientierte Partei sein und operierte als solche in dem von den Gemeinschaftsverträgen definierten politischen System. Sie verfügte deshalb auch über eine demokratische und föderale Organisationsstruktur, während sich die EDU mit einer leichten Verbandsstruktur begnügen wollte. Mit „diplomatischen“ Mitteln war sie bemüht, zwischen den Führungen ihrer Mitgliedsparteien um Kooperation und Verständigung zu werben.

Thomas Jansen betrachtet rückblickend die EDU als „unverbindlich gehaltenen Verein von Parteidiplomaten“, der „keine konkreten Beiträge zur europäischen Integration“ leistete. Erst später erkannte er eine ihrer Funktionen darin, Konservative und christliche

48 Bericht über die Begegnung von ÖVP und CVP mit EUCD und EVP, 23.11.1976. Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP), Nachlass Kai-Uwe von Hassel, I-157/166.

49 Franz Horner: Parteienkooperation der europäischen Christdemokraten. Möglichkeiten und Grenzen. Ein Kommentar, in: Gehler/Kaiser/Wohnout (Hg.): Christdemokratie in Europa im 20. Jahrhundert, S. 737–749, hier S. 747.

Demokraten aus West wie Ost und damit auch unterschiedliche geistig-politische und programmatische Strömungen zusammenzuführen.<sup>50</sup> Insgesamt überwogen Ablehnung und Unbehagen:

„Aus meiner Sicht als Generalsekretär der EVP stellte die EDU immer einen Störfaktor bei den Bemühungen um die Entwicklung der EVP dar. Ihre Existenz entzog der EVP die Mittel, die die EVP-Parteien, die gleichzeitig in der EDU mitmachten, dort investierten. Außerdem empfand ich die EDU als Spaltungsfaktor insofern, als die EVP-Parteien, die nicht der EDU angehörten (und sie waren in der Mehrheit!) immer Anlass hatten, an der Loyalität der EVP-Parteien zu zweifeln, die auch der EDU angehörten – und das waren vor allem die schwergewichtigen deutschen Parteien. All zuviel Zeit und Energie mussten aus meiner Sicht in der EVP aufgewandt werden, um die sich aus dieser Doppelgleisigkeit ergebenden Probleme zu überwinden. Schließlich schaffte die Existenz zweier parallel tätiger Kooperations- und Aktionsstrukturen, die von manchen Protagonisten der EDU als Konkurrenz-Unternehmen aufgefasst wurden, auch Image-Probleme und erschwerten der EVP sich mit einem eindeutigen Profil zu präsentieren.“<sup>51</sup>

### Entstehung und Entwicklung einer europapolitischen Kultur? Fragen des Selbstverständnisses, der Schwerpunkte, der Gegner und Konkurrenten

Die christlich-demokratische Fraktion im Europäischen Parlament hatte sich früh etabliert und maßgeblich an der Formierung einer europäischen Partei beteiligt, während sich die Einbeziehung der konservativen Parteien als weitaus schwieriger erwies. Die Notwendigkeit zu einer einheitlichen Meinungsbildung zu finden, führte zur Annäherung, Verständigung und Wertschätzung zwischen den Vertretern der verschiedenen Parteien. Die Zusammenarbeit im Fraktionsvorstand entwickelte übernationale Züge. Den Mitgliedsparteien mangelte es zunächst an einer „europapolitischen Kultur“, die sie sogleich in die Lage versetzt hätte, die Anliegen der EVP und ihre Positionen mit ausdrücklicher Bezugnahme auf einen europäischen Konsens zu vertreten. Thomas Jansen bestätigt, dass ein „europäisches Bewusstsein“ bzw. „EVP-Bewusstsein“ in den Mitgliedsparteien erst im Laufe der Jahre gewachsen ist, wobei zwischen Gründungsparteien und solchen, die erst nach und nach zur EVP hinzugekommen waren, zu unterscheiden ist. Zu differenzieren ist des Weiteren zwischen allgemeiner Mitgliedschaft sowie den Mandats- und Verantwortungsträgern, wobei unter diesen zunächst jene ein solches Bewusstsein entwickelten, die mit den europäischen Fragen beschäftigt waren. Es wurden im Laufe der weiteren Entwicklung immer mehr.

Das unterschiedliche gesellschaftspolitische Selbstverständnis einzelner Parteien als „konservativ“ und „progressiv“ sorgte im Verhältnis untereinander für latente Spannungen, die auch innerhalb derselben wirkten. Leichter fiel die Verständigung über außen- und europa-

50 Experteninterview mit Thomas Jansen am Institut für Geschichte der Universität Hildesheim, 27.5.2010.

51 Schriftliche Mitteilung von Thomas Jansen an den Verfasser, 30.8.2010.

politische Fragen, einschließlich jener, die institutionelle Kapitel betrafen. Kompliziert blieb hingegen die Einigung auf konkrete Aussagen in den sozial- und wirtschaftspolitischen Kapiteln. Die bayerische CSU und die niederländische CDA standen sich als Antipoden gegenüber. Ein Konsens konnte dann hergestellt werden, wenn sich ihre Exponenten einig konnten, die zuvor noch häufig von entfernten Positionen ausgegangen waren. Da beide Parteien einen hohen Maß an Parteidisziplin besaßen, wurden die Einigungen respektiert. Für die Beilegung strittiger Positionen vor allem bei programmatischen Auseinandersetzungen erwies es sich als hilfreich, dass seit dem Kongress von Luxemburg 1988 die Kongresse mit Zwei-Drittel-Mehrheit entscheiden konnten.<sup>52</sup>

Die Frage der politischen Gegnerschaft und Konkurrenz spielte naturgemäß auch außerhalb der engeren transnationalen Parteienkooperation eine Rolle, dabei vornehmlich der Antikommunismus im ersten Kalten Krieg der 1940er und 1950er Jahre. In den 1960er und 1970er Jahren schwächte sich dieser zum Teil etwas ab, ohne an der grundsätzlichen Ablehnung etwas zu ändern, was im Zeichen der Entspannung zwischen Ost und West sowie angesichts der Wende der westeuropäischen kommunistischen Parteien zum „Eurokommunismus“ eine erste Erklärung finden würde. Kommunistische Parteien stellten – mit Ausnahme von Frankreich und Italien – auf der innenpolitischen Ebene keine vergleichbare Herausforderung mehr wie in den 1940er und 1950er Jahren dar, zumal sie auch auf der europäisch-gemeinschaftlichen Ebene kaum eine und wenn, dann eine positive Rolle spielten, z. B. wenn man an Altiero Spinelli denkt. Sie kamen deshalb auch nicht mehr als so starker innenpolitischer Faktor, sondern nahezu ausschließlich im Zusammenhang mit außenpolitischen Fragen, wie der Auseinandersetzung zwischen Ost und West, den Entwicklungen in Lateinamerika, Asien und Afrika sowie dem Nahost-Konflikt in den Blick. Im Zusammenhang mit diesen Fragen blieb der antikommunistische Konsens unter den Mitgliedsparteien allerdings stabil. Die EUCD- wie auch die EVP-Programmatik waren diesbezüglich eindeutig.<sup>53</sup>

Die Sozialisten und Sozialdemokraten, zusammengefasst in der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE), waren einerseits hinsichtlich der Europa-Wahlen und vor allem hinsichtlich der Gestaltung der Gemeinschaftspolitik Konkurrenten und Rivalen der EVP, andererseits aber auch Partner, da im Europäischen Parlament Mehrheiten, die etwas bewirken sollten, nur bei einem Zusammengehen von EVP und der SPE erreichbar waren.<sup>54</sup> Die Zusammenarbeit war durchweg darauf ausgerichtet, den Vereinbarungen Geltung zu verschaffen. Viele Mitgliedsparteien waren es ausgehend von den innenpolitischen und nationalen Kontexten gewöhnt, mit Sozialisten bzw. Sozialdemokraten zu koalieren und zusammenzuarbeiten.

52 Jansen: Die Entstehung einer Europäischen Partei, S. 123–125.

53 Schriftliche Mitteilung von Thomas Jansen an den Verfasser, 30.8.2010.

54 Klaus Häscher: Europäische Integration aus historischer Erfahrung. Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler (Discussion Paper C 197), Bonn 2010.

## Kommunikation und Selbstdarstellung: Innerparteiliche Funktionen und äußere Öffentlichkeitsarbeit

Die Kommunikation nach innen und die Selbstdarstellung nach außen gegenüber der Öffentlichkeit waren wiederkehrende Probleme der transnationalen Kooperation christlich-demokratischer und konservativer Parteien. Sie konnten im Grunde nur unbefriedigend gelöst werden. Drei Gründe können auch hier angeführt werden: Das lag *erstens* zunächst an den wechselnden und verschiedenen Zentralen der transnationalen Zusammenschlüsse. Die NEI hatten ihren Sitz in Paris, die EUCD in Rom, die EVP in Brüssel und die EDU in Wien. Es lag daher an der Schwierigkeit, von diesen europäischen Metropolen aus in die einzelnen Länder hinein zu wirken und dort über den Kreis von Eingeweihten hinaus wahrgenommen zu werden. *Zweitens* spielte das Sprachenproblem eine Rolle wie der Umstand, dass *drittens* nur in sehr beschränktem Umfang personelle Strukturen und finanzielle Ressourcen zur Verfügung standen. Die Arbeit der EVP war beispielsweise zur Zeit der aktiven Mitwirkung von Thomas Jansen vom Aufbau und von der Entwicklung der Kooperations- und Organisationsstrukturen und der internen Verfassung dieser Parteienföderation bestimmt, andererseits von Bemühungen getragen, durch Diskussion und Erarbeitung von programmatischen Dokumenten (Grundsatz-, Wahl-, Aktionsprogramme etc.) einen möglichst breiten Konsens zwischen den beteiligten Parteien und ihren Akteuren herzustellen. Dabei ging es vor allem darum, durch Entwicklung gegenseitigen Verständnisses und Einfühlungsvermögens in die jeweiligen nationalen Befindlichkeiten, insbesondere auch in die unterschiedlichen nationalen Erfahrungen und politischen Kulturen sowie nicht zuletzt auch mit Blick auf die Situation der einzelnen Parteien als Regierungs- oder Oppositionsparteien in ihren Ländern eine gemeinsame Sprachregelung zu finden, die dem gemeinsamen politischen Willen Ausdruck geben konnte.

*Aktionsprogramme* befassten sich mit spezifischen aktuellen Problemen der Politik und fassten zusammen, welche Maßnahmen zu ergreifen und welche Unternehmungen dann zu starten waren. Es ging dabei um die Frage, welche Ziele mit welchen Methoden und Politiken am besten zu erreichen waren. Sie richteten sich vornehmlich nach innen an die Mitgliedsparteien, ihre Gliederungen, Parlamentsfraktionen und Abgeordneten. EVP-Aktionsprogramme wurden auf fast allen Kongressen, die im Abstand von zwei Jahren stattfanden, diskutiert und beschlossen. In den Jahren der Europawahl (1979, 1984, 1989 etc.) waren sie umfassend angelegt und dienten auch als Wahlprogramme. Die von den Kongressen zwischen den Wahlen verabschiedeten Programme befassten sich mit ausgewählten aktuellen Politikfeldern und Fragen der Außenbeziehungen, Wirtschafts- und Sozialpolitik, der institutionellen Entwicklung der Gemeinschaft etc.<sup>55</sup>

*Wahlprogramme*, ihrer Natur nach auch Aktionsprogramme, wurden aus Anlass der Europawahlen verabschiedet und wandten sich an die Öffentlichkeit, um zu zeigen, wofür die Partei stand und worauf sich ihre Kandidaten verpflichteten. Sie bezogen sich auf die gesamte Palette von Politiken, die im Laufe der Wahlperiode aktuell wurden. Wahlpro-

55 Schriftliche Mitteilung von Thomas Jansen an den Verfasser, 30.8.2010.



gramme wurden jeweils vom EVP-Kongress vor der Europawahl, also alle vier Jahre, beschlossen.<sup>56</sup>

Das *Grundsatzprogramm* enthielt eine systematische Auseinandersetzung und Darstellung dessen, was die Partei motivierte und leitete, d. h. welche Menschen- und Weltbilder ihr vorschwebten sowie welche Prinzipien, Werte und Vorstellungen von der gesellschaftlichen und politischen Ordnung sie verwirklichen wollte. Die EVP hatte in ihrer Geschichte bisher zwei Grundsatzprogramme verabschiedet: „Das politische Programm der Europäischen Volkspartei: Gemeinsam für ein Europa freier Menschen“, beschlossen vom ersten Kongress am 6.–7. März 1978 in Brüssel sowie das „Athener Programm“ vom IX. Kongress im Herbst 1992. Ein neues Grundsatzprogramm soll 2013 beschlossen werden.<sup>57</sup>

## Konfliktmanagement und Krisenbewältigung

In der Geschichte Europas und seiner Integration ereigneten sich nach 1945 verschiedene Krisen, die man gemäß einer Typologie ordnen und weiten kann: Zu unterscheiden sind nationale (innenpolitische, staatliche), post-koloniale, europäische, internationale, innergemeinschaftliche, innerparteiliche (programmatisch-ideologische) und bilaterale (zwischenstaatliche) Krisen.<sup>58</sup>

Die Bewältigung der internationalen und europäischen Krisen zählte zur Aufgabe der Parteiexekutiven. Die Gremien der NEI, EUCD, EDU oder EVP, Partei und Fraktion, hatten kaum mit der unmittelbaren Lösung von Krisen, wohl aber mit der mittel- und langfristigen Bewältigung ihrer Auswirkungen zu tun gehabt. Im Rahmen dieses Forschungsprojekts bleibt zu klären, welche Strategien hierzu entwickelt wurden. Thomas Jansen geht davon aus, dass die vorhandenen Instrumente der Kooperation, der Meinungsbildung und der Entscheidungsfindung zur Anwendung kamen. Das entsprach auch seiner Erfahrung, dass die Krisen den Normalzustand der europäischen Politik darstellten.<sup>59</sup>

Mit dem EG-Beitritt von Großbritannien, Irland und Dänemark im Rahmen der „Nord-erweiterung“ 1973 hatte sich bereits die Frage gestellt, wie die Zusammenarbeit zwischen christlich-demokratischen und konservativen Parteien gestaltet werden sollte, da es nun neben der christlich-demokratischen auch eine konservative Fraktion im Europäischen Parlament gab, der die britischen und dänischen Konservativen angehörten.<sup>60</sup>

Es gab nennenswerte innerparteiliche, europäische und zwischenstaatliche bzw. zwischenparteiliche Krisen, die die EVP unmittelbar betrafen und im Rahmen ihrer Strukturen gelöst werden mussten. Drei Fälle lassen sich vorderhand beispielhaft nennen: Es ging *erstens* um die Krise im Zusammenhang mit dem Begehren der britischen konservativen Europa-

56 Ebd.

57 Ebd.; Jansen: Die Entstehung einer Europäischen Partei, S. 99, 103–105, 157–159.

58 Michael Gehler: Challenges and Opportunities: Surmounting Integration Crises in Historical Context, in: Ludger Kühnhardt (Hg.): Crises in European Integration. Challenges and Responses, 1945–2005 (New German Historical Perspectives Vol. 2), New York/Oxford 2009, S. 109–129.

59 Schriftliche Mitteilung von Dr. Thomas Jansen an den Verfasser, 30.8.2010.

60 Matl: Europäische Christdemokraten auf dem Weg zur transnationalen Zusammenarbeit?, S. 309 f.

Abgeordneten, gegen Ende der 1980er Jahre, in die EVP-Fraktion aufgenommen zu werden,<sup>61</sup> *zweitens* um Äußerungen Giulio Andreottis zur deutschen Frage 1984 und im Zeichen der sich abzeichnenden deutschen Einigung 1989/90<sup>62</sup> sowie *drittens* um die Krise im Zusammenhang mit der Bildung einer Koalitionsregierung unter ÖVP-Bundeskanzler Wolfgang Schüssel unter Beteiligung der von Jörg Haider geführten rechtspopulistischen Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) im Jahre 2000.<sup>63</sup>

In allen drei Fällen ging es um das Selbstverständnis und um die politische Verortung der christlich-demokratischen Parteienfamilie, die bis Ende der 1980er Jahre eine Veranstaltung der inter- und transnationalen Parteienkooperation war, die ihren Platz in der Mitte des politischen Spektrums zu behaupten versuchte und Wert darauf legte, dass ihr traditionelles programmatisches Profil nicht verwässert würde, gleichwohl von Anfang an, seit Gründung der EVP 1976, auch die Tendenz zur Öffnung für andere Erfahrungen und Traditionen vorhanden war. Während sich die erste der drei Krisen aus dem Wachstum der EG und demzufolge auch aus der Vergrößerung der EVP durch neue Mitglieder ergab, war die zweite Krise ein Kernproblem der europäischen Integration, die Lösung der deutschen Frage und in diesem Fall ein bilaterales deutsch-italienisches Problem, während die dritte Krise ein Ergebnis der zunehmenden, durch den Maastrichter Vertrag geförderten Vermengung von mitgliedstaatlicher Innenpolitik und Europapolitik war.

Für die Lösung der ersten Krise, die *à la longue* nicht nur zur Aufnahme der konservativen Europa-Abgeordneten aus Großbritannien in die EVP-Fraktion führte, sondern überhaupt zur Öffnung der EVP für Parteien mit „konservativem“ und „bürgerlichem“ Profil ohne eine ausdrückliche christlich-demokratische Tradition, wurde eine langfristige „Strategie der Öffnung“ entwickelt, die Analysen und Vergleiche der Programme, Anhörungen, Evaluierungsgespräche und Sondierungsreisen vorsah. Die Überzeugungsarbeit, die dabei zugunsten der Öffnungspolitik geleistet wurde, fand Unterstützung nicht nur in der Sachlogik, die angesichts der Erweiterung der EU für dieses Projekt sprach, sondern auch im politischen Willen ihrer Fürsprecher, vor allem seitens des deutschen Bundeskanzlers Helmut Kohl, der bereits in den 1980er Jahren die bestimmende Figur in der Parteienfamilie der EVP war. Dazu noch später mehr.

Die Äußerungen des italienischen Ministerpräsidenten und EUCD-Präsidenten Andreotti 1984 zur deutschen Frage beschränkten sich auf die deutsch-italienischen Beziehungen. Die Vertreter der anderen Parteien beobachteten diese Aussagen mit mehr oder weniger Sym-

61 Karl Magnus Johansson: The alliance of European Christian Democracy and Conservatism. Convergence through networking, in: Wolfram Kaiser/Peter Starie (Hg.): Transnational European Union. Towards a common political space, S. 131–149, hier S. 135–140.

62 Michael Gebler: Deutschland. Von der Teilung zur Einigung 1945 bis heute, Wien/Köln/Weimar 2010, S. 275, 340–342.

63 Michael Gebler: Demokratie-Enforcement? Die EU 14 und der Fall Österreich 2000: Vom Paternalismus zum Neoliberalismus mit einem Ausblick bis in die jüngste Zeit, in: Guido Thiemeyer/Hartmut Ullrich (Hg.): Europäische Perspektiven der Demokratie. Historische Prämissen und aktuelle Wandlungsprozesse in der EU und ausgewählten Nationalstaaten, Frankfurt am Main/Berlin/Bern/Bruelles/New York/Oxford/Wien 2005, S. 181–230.

pathie für die bundesdeutsche Position, die sich auf die Übereinstimmung mit den EVP-Beschlüssen stützen konnte. Während sich auf der zwischenstaatlichen Ebene Außenminister Hans-Dietrich Genscher bemühte, Andreotti zu überreden, seine von ihm nicht zuletzt im Hinblick auf die italienischen Kommunisten und wohl auch aus außenpolitischem Kalkül gezielten Äußerungen zurückzunehmen, kam EVP-Generalsekretär Jansen von Seiten der deutschen Parteikollegen unter Druck, weil er in der EUCD „die Kastanien aus dem Feuer holen“ musste. Man erwartete sich von ihm, dass er für den Rückzug Andreottis aus dem EUCD-Präsidium sorgen sollte. Jansen gab mehreren italienischen Zeitungen Interviews, in denen er ausführte, dass die Äußerungen Andreottis im Gegensatz zu den Programmen und zur Politik der EUCD stünden. Jansens Erwartung, dass diese auf Andreotti Eindruck machen würden, wurde enttäuscht. Er vermittelte Andreotti die Stimmungslage in den deutschen Parteien, das Unverständnis auch bei anderen Parteien und empfahl ihm den Rücktritt. Dabei machte er das Argument geltend, dass Andreotti inzwischen das Außenministerium übernommen hatte (während er zum EUCD-Präsidenten gewählt worden war, als er Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses der Kammer war), was es für ihn schwierig, ja eigentlich unmöglich mache, gleichzeitig ein internationales Parteiamt auszuüben. Andreotti ging auf den Vorschlag nicht ein, erklärte sich aber bereit, beim nächsten EUCD-Kongress in Madrid 1985 nicht wieder zu kandidieren. Sein Nachfolger wurde Emilio Colombo. Die reservierten Äußerungen zur deutschen Frage 1989 seitens Andreottis konnten nicht mehr erstaunen. Im Februar 1990 erklärte er schließlich auf einer Pressekonferenz im Anschluss an einen EVP-Gipfel in Pisa auf eine Frage von Hans-Joachim Fischer, dem Italien-Korrespondent der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, seine Äußerungen von 1984 seien dem politischen Kontext jener Jahre geschuldet gewesen; er habe keinen Grund an seiner damaligen Äußerung festzuhalten, nachdem sich der politische Kontext inzwischen grundlegend geändert habe.<sup>64</sup>

An der Bewältigung der bilateralen Krise CDU/CSU-DC, die eigentlich mehr als eine zwischenparteiliche, nämlich auch eine EVP-Krise war, hatte der in der funktionsfähigen Kooperation der christlich-demokratischen Politiker der Benelux-Staaten erfahrene christliche Demokrat und Ministerpräsident Luxemburgs, Jacques Santer, seinen spezifischen Anteil. Er erinnert sich:

„Ich war damals Präsident der EVP und versuchte etwas Ordnung und Disziplin in die christdemokratischen Reihen zu bringen. So gelang es mir, ein eintägiges informelles Treffen aller christdemokratischen Regierungschefs in Pisa am Rande des Kongresses der EVP-Jugend zu organisieren. Helmut Kohl überzeugte die skeptischen Leader, sowohl Giulio Andreotti als auch Ruud Lubbers und andere Parteiführer über die Bedeutung der Wiedervereinigung und seine von ihm gewollte Einbindung in die Europäische Union. Nicht wenig verduzt war die Presse, als Andreotti, als Gastgeber, der noch kurz vorher

64 Jansen: Die Entstehung einer Europäischen Partei, S. 133–138, 144–145; zur Verärgerung des deutschen Bundeskanzlers über seinen Parteifreund aus Italien: Helmut Kohl: Erinnerungen 1982–1990, München 2005, S. 1013–1015.

„Ich will lieber zwei Deutschland als nur eines!“ gesagt hatte, die Einmütigkeit der Christdemokraten zur Wiedervereinigung Deutschlands bekundete.“<sup>65</sup>

Zur Lösung der dritten Krise trug Monitoring im Wege transnationaler Parteienkooperation bei, welches ein von der portugiesischen EU-Ratspräsidentschaft eingeleitetes Verfahren durch „Drei Weise“ antizipierte und zur Aufhebung der Boykottmaßnahmen beitrug, die nach dem ÖVP-FPÖ-Regierungsantritt am 4. Februar 2000 verhängt worden waren. Die Krise, in deren Mittelpunkt die ÖVP stand, konnte schließlich, soweit die EVP davon betroffen war, unter Verwendung erprobter Verfahren überwunden werden. Mit einem einstimmigen EVP-Beschluss wurde das Ausschlussverfahren fallen gelassen, nachdem die ÖVP ihre Mitgliedschaft suspendiert hatte. Eine Arbeitsgruppe, die sich im April 2000 aus dem Niederländer Wim van Velzen, dem Spanier Gerardo Galeote und dem Deutschen Hartmut Nassauer, allesamt Mitglieder der EVP-ED-Fraktion, zusammensetzte, legte bis Juni einen Bericht über die Situation in Österreich und die Arbeit der Bundesregierung vor. Für die Dauer der Erarbeitung des Reports hatte die ÖVP freiwillig auf ihre Teilnahme bei Sitzungen von EVP-Organen verzichtet, wofür im Gegenzug die EVP weder über Österreich diskutieren noch Beschlüsse zur ÖVP fassen sollte. Der am 6. Juni in Brüssel präsentierte Bericht, der der ÖVP den Weg zurück zur vollen Mitwirkung in der EVP ermöglichte, fiel überwiegend positiv aus.<sup>66</sup>

Entscheidende Vorarbeit für die Entspannung und den späteren „Weisenbericht“ leisteten neben besonnenen EVP-Politikern auch Europas Konservative. Der EDU-Lenkungsausschuss sprach sich nach entsprechender Beobachtung der Situation in Österreich am 19. Mai 2000 für eine Aufhebung der Sanktionen aus. Der europäische Verbund konservativer und christlich-demokratischer Parteien, dem die ÖVP angehörte, hob in einer in London gefassten Resolution hervor, die Maßnahmen seien „nicht nur für Österreich schädlich, sondern in gleichem Maße für die weitere Entwicklung der EU“. Nach einer Bilanz der ersten hundert Tage der ÖVP-FPÖ-Bundesregierung wurde eine Normalisierung der Beziehungen empfohlen. Lediglich der neogaullistische Rassemblement pour la République (RPR) und die spanische Partido Popular (PP) hatten sich bei dem Beschluss der Stimme enthalten.<sup>67</sup> Die Aufhebung der „Sanktionen“ nur mit transnationalen Parteinetzwerken zu

65 Interview des Verfassers mit Jacques Santer in Luxemburg, 20.9.2011 (Tonbandaufzeichnung) und ders.: 50 Jahre Römische Verträge und die Zukunft der Europäischen Union, in: Michael Gebler/Hinnerk Meyer (Hg.): Deutschland, der Westen und der europäische Parlamentarismus. Hildesheimer Europagespräche I, Hildesheim/Zürich/New York 2012.

66 Freispruch für ÖVP/EVP-Bericht/EVP warnt Regierung vor Volksbefragung über Sanktionen. Nach dem positiven EVP-Bericht will sich die Bundesregierung erneut bei den EU-Partnern um ein Ende der Sanktionen bemühen, in: Die Presse, 7.6.2000.

67 Europas Konservative: Sanktionen aufheben. Aber Frankreich beharrt auf deren Beibehaltung, in: Der Standard, 20./21.5.2000; Michael Gebler: Präventivschlag als Fehlschlag: Motive, Intentionen und Konsequenzen der EU 14-Sanktionsmaßnahmen gegen Österreich im Jahre 2000, in: Wilfried Loth (Hg.): Das europäische Projekt zu Beginn des 21. Jahrhunderts (Grundlagen für Europa 8), Opladen 2001, S. 325–382, hier 367–368; Steven van Hecke: „Christen-democraten en conservatieven in de Europese Volkspartij. Ideologische verschillen, nationale tegenstellingen en transnationale conflicten“,

erklären, wäre allerdings eine Verkürzung. Mitentscheidend war der zunehmende Druck der öffentlichen Meinung, der dazu führte, dass am 8. September 2000 die von der portugiesischen EU-Ratspräsidentschaft offiziell eingesetzten „Drei Weisen“ (Martti Ahtisaari, Joachen Abraham Frowein und Marcelino Oreja) ihren einstimmig verfassten Bericht an Frankreichs Staatspräsident Jacques Chirac übergaben. Christliche demokratische und konservative Netzwerke hatten aber zweifelsohne nicht unwesentliche informelle Vorarbeit hinter den Kulissen zur Aufhebung der Boykottmaßnahmen geleistet. Diese Krise wog allerdings schwerer als die anders genannten, weil sie Teil des Gemeinschaftssystems und eine tief greifende Vertrauenskrise war, die das Klima zwischen den Verantwortlichen vergiftete und die wechselseitigen Beziehungen belastete und bis zum Scheitern des europäischen EU-Verfassungsvertrags (2005) reichte.

### Führende Persönlichkeiten und die Spitzenrolle von Helmut Kohl

Rückblickend ist festzustellen, dass sowohl die NEI (1947–1965) als auch die EUCD (1965–1999) keine absolut herausragenden Einzelpersonlichkeiten aufzuweisen hatten, die die gesamte Organisation repräsentierten und damit auch einer breiten Öffentlichkeit und über den engeren Kreis einer christlich-demokratischen Anhängerschaft in ihrem jeweiligen Land hinaus europaweit bekannt waren. Konrad Adenauer als führender christlicher Demokrat in der Bundesrepublik nahm nur ganz zu Beginn an den „Genfer Kreis“-Sitzungen und vereinzelt an NEI-Kongressen teil, war aber mit ihnen nicht so stark assoziiert und in ihnen engagiert. Er ließ sich in der Regel von untergeordneten deutschen christlichen Demokraten vertreten, so auch eher selten durch Außenminister Heinrich von Brentano bzw. mehr durch seinen außenpolitischen Berater und ehemaligen Auswärtigen Amt-Beamten Herbert Blankenhorn, Staatssekretär Otto Lenz oder den Diplomaten Karl Graf von Spreti. In Italien war Alcide De Gasperi der führende Mann der christlichen Demokratie, aber auch seine Aktivität und Präsenz im Rahmen der NEI hielten sich sehr in Grenzen. Am ehesten könnte man noch Robert Schuman nennen, der aber auch nicht als „NEI-Führer“ identifizierbar ist, während er in der Nachfolge von Georges Bidault (MRP) an letzten Begegnungen des Genfer Kreises 1955 teilnahm. Es ist schon bemerkenswert, dass das vielfach als „Dreigestirn“ der europäischen christlichen Demokratie apostrophierte Trio Adenauer-De Gasperi-Schuman für die christlich-demokratische Internationale NEI weder optisch in Erscheinung trat, noch in konkreten Begegnungen und direktem trilateralen Austausch so existierte. Weder ein gemeinsames öffentlichkeitswirksames Auftreten noch ein gleichsam attraktiv-spektakuläres Bild, welches sich in das kollektive Gedächtnis eingepägt hätte, sind bekannt.

Proefschrift tot het verkrijgen van de graad van Doctor in de Social Wetenschappen, KU Leuven 2005, S. 262–263; Wolfram Kaiser: „Warum lernen Sie nicht aus der Geschichte?“ Deutschland und die Sanktionen der EU-14 gegen Österreich, in: Michael Gehler/Ingrid Böhler (Hg.): *Verschiedene Wege nach Europa. Österreich und die Bundesrepublik Deutschland von 1945/49 bis zur Gegenwart*, Innsbruck/Wien/Bozen 2007, S. 531–547, hier S. 540–542.

Maßgebliche NEI-Vertreter waren die Präsidenten wie der Franzose Robert Bichet (MRP) (1947–1949) und die Belgier Auguste Edmond De Schrijver (1950–1959) und Theo Lefèvre (1960–1965). Als Generalsekretäre fungierten der Belgier Jules Soyeur (1947–1949), die Franzosen Robert Bichet (1950–1955), Alfred Coste-Floret (1955–1960) und Jean Seitlinger (1960–1965),<sup>68</sup> alles honorige, engagierte und überzeugte christliche Demokraten, aber keine über die Ländergrenzen hinaus ausstrahlungskräftige und bekannte Führungspersönlichkeiten im Sinne von *european leaders*.

Als Vorsitzende der christlich-demokratischen Fraktion in der Gemeinsamen Versammlung der Montanunion und im Europäischen Parlament wirkten als NEI-Vertreter der Niederländer Emmanuel Sassen (1953–1958), der Belgier Pierre Wigny (1958) und der Franzose Alain Poher (1958–1966),<sup>69</sup> für die das gleiche Urteil zutrifft.

Im Unterschied zu den NEI wies die EUCD bereits ein stärkeres Persönlichkeitsprofil auf. Unter den Präsidenten firmierten mitunter schon namhaftere und prominentere christlich-demokratische Persönlichkeiten wie der Italiener Mariano Rumor (1965–1973), der Deutsche Kai-Uwe von Hassel (1973–1981), der Portugiese Diogo Freitas do Amaral (1981–1983), die Italiener Giulio Andreotti (1983–1985) und Emilio Colombo (1985–1992), der Belgier Wilfried Martens (1993–1996) und der Niederländer Wim van Velzen (1996–1999). Als Generalsekretäre fungierten der Belgier Leo Tindemans (1965–1974), die Italiener Arnaldo Forlani (1974–1978) und Giuseppe Petrelli (1978–1983) sowie die Deutschen Thomas Jansen (1983–1994) und Klaus Welle (1994–1999),<sup>70</sup> wobei in den letzten beiden Fällen Parallelen gegeben waren bzw. Personalunionen mit der Leitung des EVP-Generalsekretariats bestanden.

Als Vorsitzende der christlich-demokratischen Fraktion im Europäischen Parlament wirkten als EUCD-Vertreter die Deutschen Joseph Illerhaus (1966–1969) und Hans August Lücker (1969–1975) und der Belgier Alfred Bertrand (1975–1977).<sup>71</sup>

In der EDU engagierten sich neben Jacques Chirac, Helmut Kohl und Margaret Thatcher vor allem Österreicher. Führender Exponent war Alois Mock, der an ihrer Gründung bereits mitwirkte. Als Nachfolger von Josef Taus (1978–1979) wirkte er als Langzeit-EDU-Präsident (1979–1998). Als Gründungs-Exekutivsekretär der EDU war Andreas Khol von 1978 bis 1994 aktiv.<sup>72</sup>

Bleibt noch die EVP: Als ihre Präsidenten wirkten der Belgier Leo Tindemans (1976–1985), der Niederländer Piet Bukman (1985–1987), der Luxemburger Jacques Santer (1987–1990) und seit 1990 der Belgier Wilfried Martens. Als Generalsekretäre agierten der Franzose Jean Seitlinger (1976–1983), die Deutschen Thomas Jansen (1983–1994) und Klaus Welle (1994–1999), der Spanier Alejandro Agag Longo (1999–2002) und seither Antonio Lopez-

68 Siehe Nouvelles Equipes Internationales <[www.kas.de/wf/de/71.8772/](http://www.kas.de/wf/de/71.8772/)> (15.9.2011).

69 Siehe christlich-demokratische bzw. EVP-Parlamentsfraktion im Europäischen Parlament <[www.kas.de/wf/de/71.9288/](http://www.kas.de/wf/de/71.9288/)> (15.9.2011).

70 Siehe Europäische Union Christlicher Demokraten <[www.kas.de/wf/de/71.8770/](http://www.kas.de/wf/de/71.8770/)> (15.9.2011).

71 Siehe christlich-demokratische bzw. EVP-Parlamentsfraktion im Europäischen Parlament <[www.kas.de/wf/de/71.9288/](http://www.kas.de/wf/de/71.9288/)> (15.9.2011).

72 Eichtinger/Wohnout, Mock, S. 145–157; zu Andreas Khol siehe auch <[de.wikipedia.org/wiki/Andreas\\_Khol](http://de.wikipedia.org/wiki/Andreas_Khol)> (15.9.2011).



Isturiz.<sup>73</sup> Als EVP-Fraktionsvorsitzende waren der Deutsche Egon Klepsch (1977–1982), der Italiener Paolo Barbi (1982–1984), abermals Klepsch (1984–1992), die Belgier Leo Tindemans (1992–1994) und Wilfried Martens (1994–1999), der Deutsche Hans-Gert Pöttering (1999–2007) und zuletzt der Franzose Joseph Daul tätig.<sup>74</sup>

Wenn es im Rahmen der EVP eine Führungspersönlichkeit gab, dann war dies allerdings Helmut Kohl, was sich schon vor seiner Zeit als Bundeskanzler (1982–1998) andeutete. Die bestimmende Figur der christlich-demokratischen Parteienkooperation war spätestens seit den 1980er Jahren dieser Rheinlandpfälzer. Wie dieser in der EVP aufgenommen und wahrgenommen wurde, ob es auch Kritiker an seiner bestimmenden Art und dominanten Rolle gab, und wodurch er sich von seinen Vorgängern und Nachfolgern unterschied, sind Fragen, die von der Forschung noch nicht beantwortet worden sind. Fest stehen aber schon einige Befunde: Die Führungsrolle Kohls äußerte sich zum Beispiel darin, dass er bei den Treffen der Partei- und Regierungschefs, den EVP-Gipfeln, in der Regel als erster das Wort ergriff und durch seinen Beitrag Ton und Richtung der einsetzenden Diskussion vorgab. Thomas Jansen erinnert sich, dass Kohl bei diesen Treffen zumeist anwesend war. Die Termine wurden zunächst immer mit ihm abgestimmt. Seine Präsenz garantierte auch die Teilnahme aller anderen Parteichefs. Seinen Lagebeurteilungen und Vorschlägen wurde kaum Widerstand entgegengebracht. Gelegentlich widersetzten sich der niederländische Ministerpräsident Ruud Lubbers oder auch der Vorsitzende der belgisch frankophon-wallonischen PSC, Gérard Deprez. Das politische Gewicht, Charisma, aber auch die Argumentationskraft der Rede Kohls sicherten ihm allerdings relativ regelmäßig „eine breitestmögliche Gefolgschaft“, wie Jansen meint: „Seine Führungsrolle wurde allgemein anerkannt, da sein Engagement als europäisch motiviert wahrgenommen wurde; er sprach immer im Sinne der EVP.“ Durch „seine bei schlechter Laune zur Schau getragene Schroffheit“ fühlten sich manche Mitglieder durch Kohl abgestoßen: „Er ließ es seine Umgebung spüren, wenn er mit irgendetwas oder mit irgendeinem unzufrieden war. Andererseits konnte er, wenn er guter Laune war, sehr zuvorkommend und angenehm sein. Vergleichbare Führungspersönlichkeiten hat die EVP während meiner Amtszeit nicht gekannt.“<sup>75</sup>

Jacques Santer schätzt die Rolle Kohls in der EVP ebenfalls sehr hoch ein: „Mit großem politischen Geschick und dem dafür notwendigen Einfühlungsvermögen verstand es Helmut Kohl, die EVP für seine Pläne zu gewinnen und alle Befürchtungen eines hegemonialen Deutschlands zu entkräften. Er versprach eine starke Einbindung Deutschlands in die EG. Dies mag auch ausschlaggebend gewesen sein für das Drängen zur Einberufung der Regierungskonferenz zuerst zur Währungsunion und später zur politischen Union, welche zum Maastrichter Vertrag führen sollte.“<sup>76</sup>

73 Zur Europäischen Volkspartei siehe <[www.kas.de/wf/de/71.8771/](http://www.kas.de/wf/de/71.8771/)> (15.9.2011).

74 Siehe christlich-demokratische bzw. EVP-Parlamentsfraktion im Europäischen Parlament <[www.kas.de/wf/de/71.9288/](http://www.kas.de/wf/de/71.9288/)> (15.9.2011).

75 Schriftliche Mitteilung von Thomas Jansen an den Verfasser, 30.8.2010; ders.: Die Entstehung einer Europäischen Partei, S. 233–234.

76 Siehe Santer, 50 Jahre Römische Verträge und die Zukunft der Europäischen Union.

## Begrenzungen, Grenzen und Entgrenzungen: Fragen zur Forschung, Theorie und erste Hypothesen

Das Forschungs- und Editionsprojekt sollte grundsätzlich nicht publizierte Dokumente erfassen. Es ergibt wenig Sinn, einen allzu großen Katalog von Fragen aufzulisten. Die Materialien bzw. eine vorangestellte konzise Darstellung sollten auf folgende fünf leitende Fragestellungen Antworten für den genannten Untersuchungszeitraum geben:

- Welchen Beitrag leisteten Europas Christdemokraten und Konservative zum „agenda setting“, d. h. zur thematischen Schwerpunktsetzung von Europa- und Integrationspolitik? Wie weit wurde dabei auch gezielt Öffentlichkeitsarbeit über den engeren Kreis von Parteienvertretern und Mitgliedern hinausgehend auch mit Blick auf die Wählerschaft geleistet?
- Welchen Stellenwert genossen im „agenda setting“ globale Fragestellungen und inwieweit bestand hier zur Europa- und Integrationspolitik ein Zusammenhang bzw. Spannungsverhältnis?
- Die 1970er Jahre sind Jahre des versuchten, zum Teil auch gescheiterten Aufbruchs, aber eben auch der Krisen und Konflikte: Welche Wahrnehmungen, Einschätzungen und Beurteilungen erfuhren diese Krisen in christdemokratischen und konservativen Parteiführungskreisen im Europa der 1970er Jahre? Welches Problembewusstsein entwickelten und welche Konfliktlösungen boten Europas Christdemokraten und Konservative?
- Welche Wahrnehmungen, Einschätzungen und Beurteilungen erfuhr die Politik des weltanschaulichen Gegners (der Kommunisten) bzw. der Konkurrenten und Partner (der Sozialisten und Sozialdemokraten)? Welchen realen Stellenwert genoss dabei das vielzitierte „Dreigestirn“ Kreisky-Brandt-Palme?
- Wieweit nutzte die christlich-demokratisch-konservative transnationale Parteienkooperation europäische Institutionen, Gremien und Organe zur Lobbyarbeit und Netzwerkbildung (Europarat, Europäische Kommission, Europäisches Parlament, Europäische Räte)? Im Zusammenhang mit diesen Fragestellungen sind selbstverständlich die Archive des Europarats sowie die zugänglichen und relevanten Archive von Interessenvertretungen (u. a. Österreichische Industriellenvereinigung, Österreichischer Gewerkschaftsbund), die direkte internationale Kooperationen anstrebten, mit in das Projekt einzubeziehen.

Als zusätzliche Zukunftsaufgabe wird es laut Thomas Jansen von „fundamentaler Bedeutung“ sein, herauszuarbeiten, auf welche Weise die Strukturen, d. h. Dichte und Qualität transnationaler Parteienzusammenarbeit von der jeweiligen Entwicklung der zwischenstaatlichen Beziehungen, internationalen Kooperation und supranationalen Integration abhängen sowie auch die verschiedenen politischen Subjekte (NEI, EUCD, EDU, EVP) in ihren jeweiligen Besonderheiten, Selbstverständnissen, Strukturen und Zielsetzungen voneinander abzugrenzen.<sup>77</sup>

Studiert man europäische Integrationsgeschichtsschreibung, so sticht die Dominanz von Theorien wie des (Neo-)Funktionalismus, des Intergouvernementalismus und des Realismus

77 Schriftliche Mitteilung von Thomas Jansen an den Verfasser, 30.5. 2011.

ins Auge. Integrationspolitik und -geschichte ist aber mehr als nur die Geschichte von Staaten, Regierungen und ihrer Interessenvertretungen. Die Erforschung transnationaler Parteienkooperation ist auch Anerkennung der Komplexität politischer Entscheidungsprozesse. Bislang fehlt noch eine ausgereifte Theorie zur Rolle und Relevanz europäischer Parteienformationen, die kommunikative Antizipations- und Parallelgesellschaften sowie politische Vorbereitungs- und (Vor-)Entscheidungsgemeinschaften bildeten, wenn man z. B. an die Konstrukteure und Technokraten der EGKS denkt, während sich im Vorfeld dazu die Europaverbände konstituierten und gleichzeitig eine positive Atmosphäre schufen. Wie weit es sich hier nur um isolierte, völlig voneinander unabhängige Vorgänge handelt, oder doch Verbindungen und Zusammenhänge bestanden, scheint erklärungsbedürftig. Dabei hatten diese Nachkriegsformationen durchaus ideen- und organisationsgeschichtlich Vorläufer aus der Zwischenkriegszeit, was für spezifische Kontinuitäten, aber auch für Diskontinuitäten in der Kontinuität spricht: Zum Beispiel gab es ein französisches Übergewicht im Secrétariat International des Partis Démocratiques d'Inspiration Chrétienne (SIPDIC) (1925–1939), dem Vorläufer der NEI, in Paris und in den NEI der Nachkriegszeit (1947–1965) eine belgisch-französische Überrepräsentanz, während in der EUCD (1965–1999) – trotz aller Kontinuität mit Blick auf die NEI – zunächst ein tendentieller Rückgang des französisch-belgischen Einflusses und eine zunehmende deutsch-italienische Dominanz festzustellen ist. Die EVP war so föderal wie die NEI strukturiert. Während die NEI offiziell und nach außen mehr international ausgerichtet waren, konzentrierten sich EUCD und EVP auf genuin europäische Anliegen. Die EDU (1978–2002) war hingegen weder Parteienbund noch Europa-Wahlpartei, wie sie die EVP einschätzte, sondern eine „Arbeitsgruppe“ von Parteien. Sie war vor allem von deutschsprachigen, deutschen und insbesondere österreichischen Kräften dominiert, während britische und französische Konservative sich ebenfalls engagierten.

Begrenzungen und Grenzen der hier nur skizzierten transnationalen Parteienkooperation bedingten sich durch offenkundige Mängel und gravierende Relevanzprobleme: In den nationalen Parteien waren nur wenige Vertreter an außenpolitischer und transnationaler Arbeit interessiert. Die Innenpolitik dominierte. Europapolitiker der Parteien rekrutierten sich in der Regel aus der zweiten Reihe. Hinzu kamen hausgemachte Konflikte wie der ungelöste Grad der Institutionalisierung, innenpolitische Rücksichtnahmen auf die Nationalstaaten, die Bundesländer, Regionen oder Provinzen. Weiters sind die ideologisch-programmatischen Barrieren der transnationalen Parteiformationen gleicher oder ähnlicher Couleur zu nennen, die christliche Demokraten und Konservative spalteten und trennten. Teilten Eiserner Vorhang und Berliner Mauer politisch den Kontinent, so EWG und EFTA handelspolitisch, wirtschaftlich und – wie hier gezeigt werden konnte – auch parteiengeschichtlich das westliche Europa, so waren mit NATO und Neutralität auch sicherheitspolitische Trennlinien gegeben, die sich auf die transnationale Parteienintegration mitunter belastend und negativ auswirkten.

Wenn wir von Grenzen sprechen, muss auch an Widerstände gedacht werden. Einige Parteien verweigerten ihre Mitwirkung an der transnationalen Kooperation, der belgische PSC bis 1959 und der französische MRP bis 1964. Der Nationalismus war ein steter Begleiter und wiederkehrender Hemmschuh für transnationale Ambitionen, sei es der integrationspo-

litische Skeptizismus und Isolationismus Großbritanniens oder der spezifische Gaullismus bzw. Nationalismus in Frankreich.

Die Teilung des Kontinents wurde zwar in westeuropäischen christlich-demokratischen Kreisen abgelehnt, das im Westen tätige Exil mittel- und osteuropäischer Parteienvertreter rief aber nicht nur Sympathie und Verständnis hervor, sondern erzeugte auch Mißtrauen und Zurückhaltung. Im ersten Kalten Krieg (1947–1953) waren die Exilanten nicht am Genfer Kreis beteiligt, der die Integration Westeuropas prioritär betrachtete. Im Zeichen der Entspannung (1969–1979) wurden Exilvertreter mitunter auch als Hindernis und Störfaktoren gesehen.

Warum es bis heute noch keine den nationalen Verhältnissen vergleichbare christlich-demokratische Partei Europas gibt und die EVP bisher vor allem namentlich ein Vorgriff ist, hängt mit der Logik der nationalen Parteiendemokratie und deren Strukturdominanz zusammen. Thomas Jansen hielt hierzu klug und treffend fest:

„Es gibt eine aus der christlich-demokratischen Tradition hervorgegangene, in ihrer Positionierung gemäßigte und zentralistische, transnationale Europäische Volkspartei; in ihren Organisations-, Kommunikations- und Aktionsmöglichkeiten entspricht sie allerdings nicht den Ansprüchen, die gemeinhin an Parteien gestellt werden, die in ausgereiften nationalen politischen Regierungssystemen tätig sind. Das kann und soll eine europäische Partei auch gar nicht; sie muss vielmehr dem entsprechen, was das unvollendete politische System der Europäischen Union von ihr verlangt. Mit ihren nach wie vor prekären Strukturen korrespondiert die EVP mit den nach wie vor prekären Strukturen der EU. Oder anders gewendet: die Entwicklung der Strukturen der europäischen Parteien ist eine Funktion der Strukturen der Union. Insofern kann man nicht sagen, dass es noch keine europäische Partei gibt, sondern man muss sagen: die EVP hat als Partei das der EU adäquate Format; sie ist also eine echte Partei, die sich, wie die EU, in einem offenen Prozess der Entwicklung befindet.“<sup>78</sup>

Die Entgrenzungsprozesse machen auf die Wirkungsdimensionen der Thematik aufmerksam, wobei es Ursachen und Triebkräfte zu benennen gilt. Die transnationale Parteienkooperation leistete bei aller Kritik und ihren Defiziten und Mängeln programmatische Vorarbeit und trug zur Vorbereitung für integrationspolitische Initiativen und Entscheidungen bei: Die NEI forderten allgemeine Wahlen zum Europäischen Parlament schon 1960 und die Fusion der gemeinschaftlichen Exekutiven von EGKS, EWG und EURATOM bereits 1963. Die EUCD betonte wiederholt die Notwendigkeit der Vertiefung vor Erweiterung und die EVP den Umstand, dass Erweiterungen nur unter Wahrung der Vertiefung bzw. nicht zur Gefährdung der Vertiefung führen dürfe. Sie forderten Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat und die Überwindung institutioneller Barrieren im EG-Gefüge und die Direktwahlen zum Parlament. Durch Kommunikation, Konsultation und Koordination ermöglichten sie unter sich Vertrauensbildung. Daneben kam es zu Synergieeffekten bei den

78 Schriftliche Mitteilung von Thomas Jansen an den Verfasser, 30.5.2011.

Fraktionsbildungen in der Beratenden Versammlung des Europarats (ab 1949), in der Gemeinsamen Versammlung der Montanunion (1952–1958) sowie im späteren Europäischen Parlament (ab 1958). Die transnationalen Parteienkooperationen trugen auch für sich selbst zur Verbesserung und Intensivierung ihrer eigenen Strukturen bei. Kongresse waren Kristallisationspunkte der Meinungsbildung und feierliche Manifestationen der Repräsentation nationaler und europäischer Parlamentarier. Die Direktwahlen zum Europäischen Parlament waren, wenigstens in den Anfängen, emotionale und kämpferische Akte, die zur Formierung und Mobilisierung der transnationalen Parteienzusammenschlüsse führten.

Eine Kombination aus verschiedenen Triebkräften wirkte zusammen: Die fortschreitende integrationspolitische Entwicklung mit neu geschaffenen Institutionen, Neuerungen wie die Direktwahlen zum Europäischen Parlament, verbunden mit neuen handlungsfähigeren Organen, aber auch Konkurrenzverhältnisse, nicht nur innerhalb der transnationalen Parteienkooperation, sowie Bemühungen zur Verhinderung des Ausgeschlossenseins vom gemeinschaftlichen Europa und Versuche mit der europäischen und internationalen Entwicklung Schritt zu halten und nicht zuletzt hervorstechende Einzelpersonlichkeiten wie Alois Mock, Mariano Rumor, Leo Tindemans, Wilfried Martens und allen voran Helmut Kohl.

